

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **43**

Mai/Juni 2009



危機



- ★ **Celler Trialog – Schulterchluss wofür?**
- ★ **Klimaschwindel? – Von wegen!**
- ★ **Kameradschaft 73 & Verfassungsschutz**
- ★ **„Advent, Advent, die TeNo brennt“**

# INHALT

Dritter Celler Trialog im Juli 2009 Seit' an Seit' marschieren sie	3
„Vertrauen und Partnerschaft“ – die Commerzbank Eine Bank an wessen Seite?	4
Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg - Selbstverständnis	5
Warum ich kein Konto bei der Militärbank will Gastkommentar Otto Köhler	7
Laternengespräche zum Kapitalismus Stilllegen oder abwracken?	8
„Wissenschaft entlarvt Klimaschwindel“? Zu entlarven wäre ein Plagiator und Scharlatan	10
Interview mit Prof. Dr. Thomas Hauf, Uni Hannover Zum „Klimaschwindel-Artikel“	11
Fraktion „Die Linke“/BSG fordert Klimaschutzkonzepte für Stadt und LK	13
Die „Cellesche“ in der Krise: Einschwörung auf unbedingte Systemtreue	14
Ehemaliges Mitglied der Kameradschaft 73 ist Vertrauensperson des VS	16
Lokalnachrichten im Rückblick	18
Zur Kampagne gegen die Wehrsportgruppe Jürgens „Advent, Advent – die TeNo brennt“	20
radio flora online statt vom Winde verweht ...	25
Termine KINO 8 1/2	26

H  
A  
L  
L  
O



.... Der Turm stürzt ein.  
Der Turm stürzt ein.  
Halleluja, der Turm stürzt ein.

Rio Reiser und TSS im Jahr 1981 – die Frage ist, wen und was er begräbt unter seinen Trümmern. Rette sich wer kann?

*Auf den Asphaltfeldern grasen  
goldene Kälberherden Tag und Nacht.  
Über ihnen Wolkenkratzer,  
wo die Computer schmatzen.  
Ach, wo ist noch Platz für mich  
oder ein Dach für dich?  
Hörst du es flüstern im Land?*

Ein Flüstern ist zwar wahrzunehmen, aber da ist kein Gespenst, das umgeht in Europa, und Schrecken verbreitet. Uns fährt eher immer noch ein Schrecken in die Glieder, wenn wir den ganz normalen Alltag in unserer kleinen Heidemetropole in den Blick nehmen.

Über Kritik und Kommentare  
freut sich wie immer ...  
die Redaktion

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

## Seit' an Seit' marschieren sie

Vom 8. bis zum 10. Juli findet in unserem kleinen Heidestädtchen das dritte Mal der „Celler Trialog“ statt. Was sich so ein bisschen nach Kunst & Kultur anhört, dreht sich im Kern aber um „Kommiß & Kommerz“ oder ums aktueller zu formulieren: „Krieg & Krise“.

Durch die Commerzbank AG und die 1. Panzerdivision der Bundeswehr 2007 ins Leben gerufen, wählte man Celle als „Austragungsort“ – Schirmherr ist der Niedersächsische Ministerpräsident. Deshalb dann auch „Trialog“: Wirtschaft, Militär und Politik.

Was die Versammelten umtreibt, beschrieb das Internetportal [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com) so:

„Mit der Veranstaltung setzt das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut seine jahrelangen Anstrengungen fort, deutsche Firmen enger an das Militär heranzuführen. Wie aus Erklärungen des Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, hervorgeht, wird die Bundeswehr etwa zur Sicherung der Rohstoffzufuhr der deutschen Industrie benötigt. Müller, zugleich Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, gehört zu den aktivsten Befürwortern einer engeren Kooperation zwischen Unternehmen und Armee. Hintergrund sind auch Bestrebungen, stets neue Bereiche der Bundeswehr für privatwirtschaftliche Aktivitäten zu öffnen. Damit geraten neben den Kriegszielen auch die militärischen Handlungen selbst immer stärker in den Sog wirtschaftlicher Gewinnmaximierung: Zahl und Einfluss der Kriegspoliteure nehmen zu.“

Dafür braucht's dann anscheinend ein bisschen face-to-face Kommunikation; wer sich kennt, kommt schneller ins Geschäft.

Nebenbei kümmert man sich ums Image. Denn Deutschland hat ein Problem. 86 Prozent der Deut-

schen lehnen Kampfeinsätze der Bundeswehr laut einer Umfrage der ARD aus 2008 von vornherein ab. 55 Prozent würden die Truppe am liebsten gleich nach Hause holen. – Die gleichzeitig immens hohen Zustimmungswerte, die andererseits Merkel & Steinmeier als politische Verantwortliche haben, könnten einen zwar am Verstand der Befragten zweifeln lassen, ändern aber nichts daran: Kriege werden zur Zeit ohne gesellschaftliche Zustimmung geführt. Und deshalb diskutiert man beim „Celler Trialog“ eben nicht mit der, sondern über die Gesellschaft.

Nun würden wir uns auch nicht allzuviel davon versprechen, mit Kriegsbefürwortern und Kriegsgewinnlern zu reden. Wir wollen, dass man über die Zwecke des „Celler Trialogs“ redet – und dabei auf den Prüfstand stellt, was das mit den eigenen Interessen zu tun hat.

Wenn es dieses Jahr erstmals zu organisierten Protestaktionen kommt (2007 gab's eine kleine Spontandemo), werden sich viele Verteidiger des „Trialogs“ finden: in der Presse, in der Politik und selbstverständlich bei der Polizei. Aus ihrer Sicht sind die „Feinde der freien Gesellschaft“ nicht jene, die sich in elitärer Runde um die Profite sorgen, sondern jene, die mit Fug und Recht Einspruch gegen die ihnen zugedachte Rolle als Schlachtvieh und Melkkuh erheben.

Im übrigen gilt bis auf weiteres:

WENN DIE OBEREN VON FRIEDEN REDEN  
Weiß das gemeine Volk  
Daß es Krieg gibt.

Bertolt Brecht



# COMMERZBANK ENTWAFFNEN!

*| schulterchluss zwischen  
militär und wirtschaft beenden |*

## CELLER TRIALOG VERHINDERN!

*| antimilitaristische perspektiven entwickeln |*

## Eine Bank an wessen Seite?

Das Motto der Commerzbank „Vertrauen und Partnerschaft“ gilt gerade in der Zeit von Kriegen und Krisen. Das zweitgrößte Finanzinstitut Deutschlands organisiert die Verzahnung von Politik, Wirtschaft und Militär und bemüht sich seit Jahren um einen engeren Schulterschluss.

Der Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank, gleichzeitig Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken und Reserveoffizier der deutschen Armee, Klaus-Peter Müller, initiierte 2007 zusammen mit dem Bundesverteidigungsministerium ein Treffen von rund 100 hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Militär, den sogenannten „Celler Dialog“.

Ziel des Treffens ist es, die Zustimmung und Unterstützung zu Bundeswehr und deutschen Kriegseinsätzen durch Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, den Austausch von zivilen und militärischen Sektoren in Forschung und Lehre auszuweiten und Reservisten zu fördern. Auch die Förderung gemeinsamer Fortbildung von Beschäftigten bei Unternehmen und Bundeswehr wird anvisiert. All dies läuft unter dem Motto „Intensivierung zivil-militärischer Zusammenarbeit“.

### WAS HAT DIE WIRTSCHAFT MIT DER BUNDESWEHR ZU TUN?

Die so genannte „vernetzte Sicherheit“ ist Müller zufolge für deutsche Unternehmen unverzichtbar: Die Wirtschaft der rohstoffarmen BRD sei importabhängig, sei angewiesen auf freie Märkte und vor allem auf uneingeschränkte Zugänge zu Rohstoffen und Energiereserven. „Über die Hälfte der weltweit produzierten metallischen Rohstoffe [stammen] aus politisch instabilen Ländern“, weshalb Unternehmen oft hohe Kosten zur Schadensabwehr investieren müssten – quasi als „Versicherung gegen Terroranschläge“.

Deutsche Unternehmen seien also nicht nur auf die Armee angewiesen, um die Zugänge zu Rohstoffen in al-

ler Welt durchzusetzen und zu sichern; die Bundeswehr helfe mit der Umsetzung „deutscher Interessen“ wie z.B. auch der „Terrorbekämpfung“ am Hindukusch, die „allgemeine Prämie für Unsicherheit in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten“ (Dr. August Hanning, früherer BND-Präsident) zu senken.

### WIRTSCHAFT WITTERT KRISENSICHERE PROFITE: PRIVATISIERUNG DER KRIEGSLOGISTIK

„Die investive Schwäche der öffentlichen Hand fordert dazu auf, die Chancen zur Entwicklung alternativer Finanzierungsmodelle auszuloten“, so Thomas Kossendey in seiner Rede beim Celler Dialog '07.

Der „Rahmenvertrag“ zwischen Unternehmen und Bundeswehr vom 25. April 2000 beinhaltet u.a. die Planung der Privatisierung von Aufgabenfeldern, „die nicht zu den militärischen Kernfähigkeiten gehören“. Durch Abgabe einzelner Bundeswehrbereiche (z.B. Logistik) an profitorientierte Konzerne (z.B. die Post-Tochter DHL) soll wirtschaftlicher gehaushaltet, und mit den so eingesparten Geldern das Rüstungsinventar modernisiert und ausgebaut werden.

Doch die Commerzbank ist nicht erst seit dem Celler Dialog an den Kriegen in aller Welt interessiert: Nach ihrer Verstaatlichung 1931 in Folge der Weltwirtschaftskrise verdankte sie ihre rasche Sanierung und erfolgreiche Reprivatisierung dem NS-Faschismus. Die Analogie zur heutigen „Verstaatlichungsdebatte“ muss sich einem geradezu aufdrängen: Schulden vergesellschaften, Gewinne privatisieren ...

Während des 2. Weltkrieges konnte die Commerzbank ihr Filialnetz in den von der faschistischen Wehrmacht besetzten Gebieten ausweiten.

Heutzutage vergeben sie innerhalb eines Bankensyndikats z.B. Kredite an „alliant tech systems“, einen der größten Atomwaffenhersteller der Welt. Dessen atomare Waffen verseuchten u.a. in den (Nato-) Kriegen gegen den Irak (1991) und das ehemalige Jugoslawien (Bosnien, 1994/95) die betroffenen Länder und zerstörten die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen.

### KRIEG UND DIE FOLGEN:

Die Weltwirtschaftsordnung und die Machtrolle der westlich-kapitalistischen Staaten soll aufrecht erhalten werden – militärische Agitation, sprich Krieg, ist das Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Bundeswehr sichert der deutschen Wirtschaft den uneingeschränkten Zugriff auf weltweit knapper werdende Rohstoffvorkommen und die Freiheit der Handelswege.



Die Folgen dieser Interventionen sind für zunehmende Teile der Welt Hunger, Elend, Unterdrückung und Flucht statt „Sicherheit“, „Stabilität“ oder gar „Wohlstand“. Migrationsströme werden als Bedrohung angesehen, die es durch brutale „Sicherheitsarchitektur“ (z.B. durch FRONTEX an den europäischen Außengrenzen) abzuwenden gilt. Auf einer Seite steht die Konzentration der Profite – auf der Anderen ein weltweit dramatischer Abfall der Löhne und damit verbundene steigende Armut. Dieser Widerspruch ist systemimmanent; er ist zentraler Widerspruch des kapitalistischen Systems, welches wenige zu Gewinnern werden lässt, dafür aber für zu viele Menschen tägliche Krise bedeutet.

#### DIE VERBINDUNGSKOMMANDOS:

„Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve, einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr organisiert.“ (Klaus-Peter Müller)

Situationen, in denen die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ als bedroht gilt, wenn es also „im schlimmsten Fall [...] zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung“ kommt, hat die Commerzbank vorgesorgt – und zwar schon lange vor der Finanzmarktkrise.

Klaus-Peter Müller nennt diverse Verbindungskommandos, die seit 2007 landesweit aufgebaut werden. Sie stellen „eine exakte Gegenüberstellung von militärischen Stellen zu jeder Zivilbehörde auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene“ dar.

Dieses „neue und flächendeckende territoriale Netzwerk der Bundeswehr“ (andere nennen es „Heimatschutz“) besteht fast ausschließlich aus Reservisten. Diese Kommandos bzw. die militärischen Ansprechpartner sind in einem Büro der zugeordneten zivilen Behörde untergebracht – in den Rathäusern.

#### GEGEN DEN KRIEGSZUSTAND! – CELLER TRIALOG BEENDEN!

Im Celler Trialog werden die geostrategischen Ausbeutungs- sowie Machtinteressen des deutschen Kapitals auf den Begriff gebracht. Zur Durchsetzung dieser Interessen bedarf es einer weltweit agierenden Armee. Die Bundeswehr wird hierauf vorbereitet und die Bevölkerung auf die Kriegseinsätze eingestimmt. Der zunehmenden Militarisierung zivilgesellschaftlicher Bereiche, den Versuchen der Akzeptanzsteigerung für deutsche Kriege und „deutsche Interessen“, ergänzt durch eine steigende Zahl von Werbeauftritten der Bundeswehr an (Hoch-)Schulen oder Arbeitsämtern – all dies lehnen wir entschlossen ab!

*Dieser Text ist weitgehend zusammengeschnitten aus einem Flugblatt und einer PM des „Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg“ zum Infostand der Initiative am 14. März 2009*



Dokument

### Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg

#### SELBSTVERSTÄNDNIS

Das Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg setzt sich aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen zusammen, die zu verschiedenen politischen Schwerpunkten arbeiten und es sich zur Aufgabe gemacht haben, gemeinsam gegen Krieg und Militarisierung mit dem speziellen Fokus „Celler Trialog“ zu arbeiten.

#### MILITARISMUS – BEGRIFFSVERSTÄNDNIS

Der Begriff Militarismus umfasst zwei wesentliche Elemente:

Zum einen ist er als konkrete Handlung von Staaten, Staatsbündnissen oder Gruppierungen fassbar, die mit Hilfe militärischer Mittel auf die Durchsetzung politischer Interessen drängen. So werden Kriege geführt, um bestehende Macht zu behaupten bzw. auszubauen.

Zum anderen bezeichnet der Begriff Militarismus eine Ideologie und als Folge deren Propagandierung eine Einstellung: Menschen werden von der Notwendigkeit militärischer Handlungen überzeugt, erkennen militärische Prinzipien wie Disziplin und Gehorsam als erstrebenswerte Verhaltensweisen an und verherrlichen den Krieg sowie dessen Phänomenologie (Uniformierung, Brauchtumpflege, Gelöbnisse...). Diese Form des Militarismus ist ideologisch tief in der Gesellschaft verankert, bewusst und unbewusst, und ist partiell bereits Inhalt kindlicher Erziehung.

Das heutige Militär sichert und wahrt bestehende Wirtschaftsordnungen z.B. durch Zerschlagung von Aufständen und Unterdrückung der Bevölkerung. Es dient zur Erweiterung territorialer Ansprüche z.B. durch Vertreibung, Enteignung und Zerstörung der vorhandenen Infrastruktur. Für Deutschland und die Bundeswehr bedeutet dies, dass im Verbund mit anderen Staaten (Nato, EU) die Aufrechterhaltung des kapitalisti-

schen Systems und die Durchsetzung speziell „deutscher Interessen“ verfolgt wird.

#### UNSERE ZIELE

Die Ziele bzw. die Aufgaben, die sich das Bündnis gesetzt hat, sind

- die Entmilitarisierung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen,
- das Beenden aller Kriege zur Schaffung eines friedlichen Lebens aller Menschen,
- die Entwicklung einer Gesellschaft, in der die Menschen frei und gemeinsam über alle lebensnotwendigen und sonstigen geistigen sowie materiellen Ressourcen verfügen.

#### CELLER TRIALOG

Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Celler Trialog. Dieser hat, als über die Landesgrenzen hinaus agierende Interessensplattform zwischen Wirtschaft, Militär und Politik, in den letzten Jahren immense Bedeutung erlangt. Durch ihn werden politische Rahmenbedingungen geschaffen, die ein Zusammenspiel zwischen Militär und Wirtschaft ermöglichen.

#### UNSERE MITTEL

Wir wollen dieses „Zusammenspiel“ von Politik, Militär und Wirtschaft mit samt ihren Widersprüchen aufzeigen, thematisieren und skandalisieren. Um dies zu erreichen, werden wir Infostände, Infoveranstaltungen, Diskussionsrunden und Demos organisieren, sowie



Flugblätter bzw. Broschüren verbreiten. In diesem Rahmen sollen Alternativen aufgezeigt und entwickelt werden.

Es ist an der Zeit zu handeln – Zeit, kreativ zu werden und dem Militarismus, den Kriegen und dem „Celler Trialog“ ein Ende zu bereiten!

Das Bündnis gegen Celler Trialog, Militarismus und Krieg 2009, März 2009

Und es gibt eine website:

[www.cellertialog.blogspot.de](http://www.cellertialog.blogspot.de)



Auf der „Wir zahlen nicht für eure Krise“-Demonstration in Frankfurt am Main am 28.3.2009 gab es einen kurzen Zwischenstopp bei der Commerzbank. In einem Redebeitrag hieß es u.a.: Im Celler Trialog werden die Ausbeutungs- und Machtinteressen des deutschen Finanz- und Industriekapitals auf den Begriff gebracht. Dafür sucht die Commerzbank den Schulterchluss mit den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten. Sie nennen das zivil-militärische Zusammenarbeit. Eine Leitidee, die seit einigen Jahren in den USA, der NATO und in der EU forciert wird. Dahinter steckt die Erkenntnis, rein militärisch ihre Interessen nicht sichern zu können --- vor allem aber die Bildung eines militärisch-ökonomischen Komplexes, der sich zusehends in die Lage versetzt, weltweit Besatzungsregime zu errichten. Die wenigen Wohlstandsregionen der Welt sichern sich überall Macht und Einfluss zur Ausbeutung.“ Später ging auf dem Römer ein Panzer(-nachbau), verziert mit den Logos der Commerzbank und der Posttochter DHL, die sich zur "Deutschen Heereslogistik" mausert, während der Rede Oskar Lafontaines in Flammen auf. Er brannte bis auf sein inneres Gerippe, einen Einkaufswagen, nieder. Was die FAZ am Sonntag zu der Anmerkung veranlasste, dass ein Einkaufswagen abgebrannt worden wäre.

Quelle: <http://de.indymedia.org/2009/03/245659.shtml>

## Nein, danke – Warum ich kein Konto bei der Militärbank will

Ich habe kein Konto bei der Commerzbank. Aber diese Bank hat an mich einen Appell erlassen, den Celler Appell. Militärisch gesehen ist ein Appell - laut Duden - ein "Antreten zur Überprüfung", die "Entgegennahme eines Befehls". So müssen wir den Celler Appell verstehen, denn die Commerzbank hat ihn zusammen mit dem Verteidigungsminister an uns alle erlassen. Seine Kurzfassung: Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen. Darum brauchen wir Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Vaterlandsverteidigung am Hindukusch zwecks Rohstoffgewinnung für die deutsche Wirtschaft, das ist nicht neu. Neu aber ist das öffentliche Bekenntnis aller beteiligten Interessen. Der Celler Appell ist Ausfluss eines Celler Trialogs, der letzte Woche schon zum zweiten Mal in dem niedersächsischen Bundeswehrstandort zwecks Schulterschlusses, wie es heißt, stattfand. In diesem Trialog sollen die Schultern geschlossen werden zwischen Wirtschaft, Bundeswehr und Banken, speziell der Commerzbank, die das Ganze veranstaltet, weil in Deutschland die "Einsicht in die Notwendigkeit" mit den "gewachsenen Aufgaben" nicht "Schritt gehalten" hat. Dazu gehört mehr "Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr".

In seiner Abschlussrede betonte denn auch Verteidigungsminister Jung, dass der "Schutz" - nein nicht der Bundesrepublik - sondern der im Ausland eingesetzten Soldaten "oberste Priorität" habe. Und damit keine Missverständnisse aufkommen, erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Wulff für sein sturmerprobtes Territorium: "Dies Land ist ein Bundeswehrland." Entsprechend dem Leitmotiv des Celler Trialogs: "Die Bundeswehr im Einsatz für unsere Sicherheit - Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr."

Vor der "hochkarätig besetzten Konferenz" sagte der Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, mit Blick auf das große öffentliche Interesse am "Auslandseinsatz" der deutschen Elf bei der Fußball-EM: "Ich wünschte mir einen Bruchteil dieser wohl ver-

dienten Aufmerksamkeit auch für die täglichen, seit Jahren erbrachten Höchstleistungen unserer Soldatinnen und Soldaten, gerade jener im Auslandseinsatz." Die "Mannschaftsleistung der Bundeswehr" verdiene mehr Wertschätzung, mehr Unterstützung - ideell, "aber auch materiell!" Schließlich "erfordert der Bau eines Autos allein 40 Rohstoffe".

Zwecks Vertiefung des "Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft" soll beim Celler Trialog ein "nationales Forum" künftig regelmäßig eine "Bestandsaufnahme" vornehmen und "weitere Schritte" beschließen. Gestartet ist schon eine "Initiative zwecks Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft" zur "Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit".

Wie geht das? Werden junge Kunden der Commerzbank am Kassenschalter vor der Auszahlung ihres Geldes im sicherheitspolitischen Dialog von dem sie bedienenden Reserveoberfeldwebel gefragt, ob sie auch wirklich schon gedient haben? Und wenn ja: zur Sicherung ihres Kontos - im Auslandseinsatz gegen die Taliban? Denn darum geht es, so Müller: Das "Wohl und Wehe der Vereinigten Staaten" hänge bei einem Leistungsbilanzdefizit von rund 800 Milliarden Dollar "geradezu besorgniserregend" von der Bereitschaft "asiatischer Investoren ab, ihr Geld in den USA anzulegen". Ihnen verdanke es die US-Regierung, dass sie "hohe Haushaltsdefizite und Rüstungsbudgets finanzieren" kann.

Fazit: Auch die Freiheit der Finanzmärkte, muss für die Commerzbank am Hindukusch verteidigt werden, weil sonst asiatische Investoren ausbleiben könnten. Und jeder, der die Freiheit unserer Finanzmärkte auch und gerade im militärischen Einsatz verteidigen will, wird deshalb freudig sein Konto bei der Commerzbank eröffnen. Ich nicht.

Quelle: Freitag 25, 26.06.2008

Otto Köhler war Medien-Kolumnist beim Spiegel, Redakteur bei Pardon und der konkret. Er arbeitete für den WDR und die Zeit, schreibt u.a. für die Gewerkschaftszeitung Metall, die Tageszeitung Junge Welt und die Wochenzeitung Freitag. 1963 und 1983 erhielt er den Deutschen Journalistenpreis. Im Jahr 2007 wurde er für sein Lebenswerk mit dem Kurt-Tucholsky-Preis ausgezeichnet.





## Kapitalismus: Stillegen oder abwracken?!

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Der lange Lulatsch** (singt): Langeweihle, ist ausgebrochen in der Stadt, kommt angekrochen und sie hat – keine Eihahlele.

**Die Dicke**: Na, das wird sich ja demnächst wieder ändern: Wahahaalkampf. Europa.

**Oma Lilo**: Was ist mit Opa?

**Die Dicke**: Nicht Opa - Europa. Wahl zum Europaparlament. Dann stehen sie doch wieder hier, die Parteien mit ihren Ständen.

**Der Besserwisser**: Könnte spannend werden, wie sie dem Wählervolk die Krise erklären wollen.

**Der lange Lulatsch**: Gier, die Gier einiger weniger hat uns alle an den Rand des Abgrunds gebracht. Sagen sie jedenfalls alle. Aber das soll ja jetzt besser werden.

**Die Dicke**: Genau – in der Krise die Chance sehen und ordentlich abwracken.

**Oma Lilo**: Abwrackprämie – das Wort des Jahres 2009. Habe ich bei meinem Buchmacher schon mal 100 Euro drauf gesetzt.

**Der Besserwisser**: Das wird sicher klappen. Aber die Vorstellung, man könne den Kapitalismus über den Schrottplatz retten, ist ja doch eher absurd.

**Der lange Lulatsch**: Und wird nach hinten losgehen.

**Klein Jonas**: Wieso das denn? Ist doch schön, so viele neue Autos.

**Der lange Lulatsch**: Und nächstes Jahr werden dann die Computer verschrottet und übernächstes Jahr die Mikrowellen, oder wie?

**Klein Jonas**: Warum nicht? Sichert Arbeitsplätze.

**Oma Lilo**: Na das sieht man ja bei Stankiewicz und bei Baker Hughes, wie sicher die sind.

**Der Besserwisser**: Vor allem wird doch der Wahnsinn des Systems deutlich. Man muss sich das klar machen: Da werden hunderttausende Fahrzeuge, von denen die allermeisten gut und gerne noch etliche Kilometer ihren Zweck erfüllen würden, einfach vernichtet. Die sind ja auch nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern von Menschen zusammengebaut worden, von den Rohstoffen ganz zu schweigen. Das ist doch Irrsinn. Was soll ein System taugen, das man scheinbar nur durch Vernichtung von Werten retten kann? Der Gebrauchswert interessiert überhaupt nicht. Und die ganze Aktion soll am Ende nur dafür sorgen, dass der ganze Wahnsinn in eine nächste Runde geht?

**Oma Lilo**: Bist du dir da so sicher? Also: Dass es wieder losgeht?

**Der Besserwisser**: Das hängt ja auch von der „Ware Arbeitskraft“ ab, also der Frage, ob die weiter mitspielt. Und da können „die da Oben“

eigentlich ganz optimistisch sein.

**Der lange Lulatsch:** Außer ein bisschen Gemecker kommt da wirklich nicht viel.

**Die Dicke:** Wir werden die Stimmung ja mitbekommen während des Wahlkampfes.

**Der Besserwisser:** Spannender wäre, mal den Gesprächen in den Pausenräumen und auf den Fluren des Arbeitsamtes zu lauschen. Was ist los bei Stankiewicz? Was denkt man in der Hartz-IV-Gemeinde?

**Die Dicke:** Sie hoffen, dass es noch mal „gut“ geht. Dass nicht sie, sonder der Kollege gehen muss – und dass nicht gerade bei ihnen gekürzt wird.

**Der lange Lulatsch:** Und selbst die so genannten Linken wollen ja erstmal den Kapitalismus retten. Wer eine Millionärssteuer will, denkt ja nicht wirklich daran, die Millionäre abzuschaffen. Und die Banken finden sie auch systemnotwendig.

**Oma Lilo:** Aber es gibt doch auch soziale Forderungen: Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und mehr Hartz IV.

**Der Besserwisser:** Damit im Prinzip alles beim Alten bleibt, oder?

**Die Dicke:** Du lehnt ja selbst ein leckeres Öko-Brot ab und willst immer die ganze Bäckerei.

**Oma Lilo:** Lass ihn doch mal sagen, wie das gehen soll.

**Der Besserwisser:** Bei Marx ...

**Der lange Lulatsch:** ... hört, hört – In? Marx! Out? Merz!

**Der Besserwisser:** In der Tat. Es ist für alle Welt offensichtlicher denn je: Der Kapitalismus hindert die Mehrheit der Menschen an der Befriedigung ihrer Bedürfnisse: Hunger, Armut, Kindersterben im Süden. Und bald dürften Armut und Unsicherheit auch im Norden wieder mehr werden als ein Fall für die Wohlfahrt. Nebenbei gehen noch die „natürlichen“ Lebensgrundlagen kaputt.

**Die Dicke:** Wissen wir ja alles – und?

**Der Besserwisser:** Wenigstens sollte man sich mal klar machen, dass der „Verein freier Menschen“, von dem Marx als Aufhebungszustand redet, nichts zu tun hat mit Staat und Kapitalismus.

**Der lange Lulatsch:** Revolution ist, sagt Lenin, wenn die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können.

**Oma Lilo:** Streik! Ich schlage vor, wir beginnen morgen – Punkt 12 Uhr – einen Schweigestreik! Kein Wort mehr von diesem Touristengeschwafel, das wir Tag für Tag runterleiern.

**Die Dicke:** Oder wir lesen – abwechselnd aber komplett – Marx: Bürgerkrieg in Frankreich: „Die Kommune war die entschiedene Negation jener Staatsmacht und darum der Beginn der sozialen Revolution des 19. Jahrhunderts. Was daher immer ihr Geschick in Paris ist, sie wird *ihren Weg um die Welt* machen.“

**Oma Lilo:** Erstmal besser als der d’Olbreuse Schmalz.

**Klein Jonas:** Was ist eigentlich Kapitalismus?

**Die Dicke:** Na dann halt „Lohnarbeit und Kapital“.



## Zu entlarven wäre ein Plagiator und Scharlatan

Man traute seinen Augen kaum. Aber da stand es zu lesen: *„Wissenschaft entlarvt Klimaschwindel / Globaler Treibhauseffekt physikalisch unmöglich“*. Als Autor dieses „Wissenschaftsbeitrags“ im Celler Kurier vom 29. März 2009 gab sich Klaus Tänzer aus, seit einigen Monaten wieder gelegentlicher Leitartikler des Anzeigenblatts. Was dann da aufgetischt wurde, beinhaltete alle Täuschungstricks der Verschwörungstheorie.

Und man wunderte sich: Tänzer jetzt im hohen Alter auch noch als „Wissenschaftsjournalist“? Dies lässt sich aber am einfachsten korrigieren. Hier war nicht ein Hobby-Naturwissenschaftler am Werk sondern ein Plagiator. Wort für Wort, Satz für Satz hat Tänzer abgeschrieben. Ja - nicht einmal abgeschrieben, sondern einfach aus dem Internet kopiert. Unter dem Titel *„Der Treibhausschwindel“* findet sich der Text auf der Seite [www.wahrheitssuche.org/treibhaus.html](http://www.wahrheitssuche.org/treibhaus.html) - versehen mit dem Hinweis: *„Das Copyright unserer Texte geben wir frei, soweit nicht anders gekennzeichnet und soweit „Wahrheitssuche“ als Quelle erscheint.“* Doch dieser Hinweis war im Celler Kurier nicht zu finden. Und als ein Leserbriefschreiber Tänzers Quellen nachfragte, merkte die Redaktion an: *„Quellenverzeichnis wurde Herrn C. übersandt“*. Denn die Fußnoten waren fast das einzige, was der Groß-Plagiator herausgekürzt hatte – jedenfalls von der ersten Hälfte des Elaborates, das er „nutzte“.

Die Seite „Wahrheitssuche“ ist ein Schatzkästlein für Verschwörungstheoretiker jeglicher Façon. Der Betreiber der Seite, Nikolai Korkaew, ist nebenbei Gründer der so genannten „Global-Crew“, die sich berufen fühlt, *„die Lebensformen der Erde wieder zu vereinen, globales Bewusstsein zu erwecken und die Qualitäten der Quelle alles Seins zu kommunizieren. Damit unser Planet in neuem Licht und Glanz erstrahlt und als Brillant im Universum eine Oase der Fülle und des blühenden Lebens ist“*. Das Ganze ist ein ziemlich wirrer New Age-Quatsch mit „antiimperialistischem“ Innenfutter.

Da bekanntlich aber auch blinde Hühner mal ein Korn finden, müsste deshalb ja nicht der Artikel über den so genannten „Klimaschwindel“ ein Schwindel sein. Er ist es aber.

Letztlich dient das ganze „wissenschaftliche“ Brimborium der Behauptung, dass der Klimawandel nicht vom Menschen verursacht ist. Und das ist wunderbar entlastend für Herrenreitertypen wie Klaus Tänzer. Dann kann man am Stammtisch mal lauthals über die schon immer verhasste Bande der rot-grünen „Gutmenschen“ lachen, die sich von der Atomlobby irreführen lassen.

Das Problem: Der Wahrheitsgehalt der vorgebrachten „Argumente“ ist zwar zumeist im Promillebereich, aber Laien können sie meist nicht nachprüfen.

Stefan Rahmsdorf, Professor im Fach *Physik der Ozeane* an der Universität Potsdam und einer der Leitautoren des 4. IPCC-Berichts, schreibt zu derlei Scharlatanerie (<http://www.pik-potsdam.de/~stefan/klimaskeptiker.html>):

*„Wer einmal versucht hat, sachlich mit >Klimaskeptikern< zu diskutieren, der weiß, dass sie keineswegs einen gesunden Skeptizismus pflegen, sich also (wie die meisten Wissenschaftler) nur durch gute Belege von etwas überzeugen lassen. Im Gegenteil: ähnlich wie Kreationisten haben sie eine festgefahrene Meinung zum Thema, die sich durch kein Sachargument erschüttern lässt. Sie klammern sich an jeden argumentativen Strohalm, mit dem sich das Klimaproblem verleugnen und die Öffentlichkeit verwirren lässt.“*

Und weiter: *„Wer sich im Bekanntenkreis umhört, der merkt rasch, dass diese künstlich am Leben erhaltene Scheindebatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Viele Menschen sind verunsichert und wissen nicht mehr, was sie glauben sollen. Sie meinen, die Ursachen des Klimawandels seien unter Experten immer noch umstritten. Diese Fehleinschätzung behindert und verzögert eine effektive Klimaschutzpolitik bis heute.“* (<http://www.pik-potsdam.de/~stefan/klimaskeptiker.html>)

Wie die Scharlatanerie funktioniert, macht vielleicht folgendes Beispiel deutlich: Ausgerechnet der eben zitierte Stefan Rahmsdorf wird in dem „Klimaschwindel“-Artikel als Gewährsmann eingeführt: *„Bei einer neuen Untersuchung von Eiskernendaten aus Grönland stieß der Klimatologe Stefan Rahmsdorf auf einen Zyklus von 1470 Jahren, der für die jetzige Erderwärmung verantwortlich gemacht werden kann.“*

Nun bestreitet niemand die natürlichen Klimaveränderungen in der Erdgeschichte und sie werden in den IPCC-Berichten ausführlich diskutiert. Rahmsdorfs Position ist aber eine völlig andere, als die im Artikel suggerierte. Seiner Auffassung nach *„taugt dieses Argument nicht, um die Verursachung des aktuellen Klimawandels durch den Menschen in Frage zu stellen. Wenn die Polizei einen Brand untersucht und handfeste Beweise für Brandstiftung vorlegt, könnte man diese auch kaum mit dem Argument entkräften: Feuer hat es auch schon gegeben, bevor es Menschen gab.“*

77.100 Exemplare des Celler Kurier werden in Stadt und Landkreis Celle verteilt. Eine Korrektur oder gar Entschuldigung war vom Verlag bisher nicht zu lesen. Und dass man eine ganze Seite für die auf den „Schwindel“-Artikel eingehenden LeserInnenbriefe reservierte, nutzt am Ende wenig. Denn das „Pro und Contra“ der Schreiber stützt den Zweck: nämlich die Behauptung, es gäbe keine Gewissheit über den menschgemachten Anteil am Klimawandel.

## „Jegliche Aussagen, es gäbe nur eine Ursache für Klimaänderungen sind daher unzutreffend“



Um ein wenig zur Aufklärung um den „Klimaschwindel“ im Celler Kurier beizutragen, haben wir ein e-mail Interview mit dem in Celle lebenden Meteorologen Thomas Hauf geführt. Er ist Professor für Meteorologie am Institut für Meteorologie und Klimatologie der Universität Hannover.

*In dem Artikel wird behauptet, ein globaler Treibhauseffekt sei „physikalisch unmöglich“. Das Treibhaus-Modell wird als unsinnig bezeichnet, weil der so genannte „Glashaus-Effekt“ nicht durch Reflektion sondern durch fehlende Luftzufuhr entstehe. Diese „Luftzufuhr“ sei aber für die Erde im Unterschied zum Treibhaus gegeben. Was ist zu diesem „Argument“ zu sagen?*

Man muss unterscheiden zwischen dem natürlichen Treibhauseffekt und dem anthropogenen, zusätzlichen Treibhauseffekt. Ohne den natürlichen Treibhauseffekt, der zu 62 % durch Wasserdampf verursacht ist, wäre die Mitteltemperatur auf der Erde um 33 Grad kälter. Ohne den Treibhauseffekt wäre also kein Leben auf der Erde möglich. Der anthropogene Treibhauseffekt ist ein zusätzlicher, der den natürlichen um 1-4 Grad verstärkt.

Der Begriff des Treibhauses ist allerdings etwas irreführend, da die höheren Temperaturen in einem solchen hauptsächlich durch den mangelnden Luft- und damit Wärmeaustausch verursacht werden, weniger durch die zurückgehaltene Infrarotstrahlung.

Der Treibhauseffekt ist ein Teil des Strahlungs- und Energiehaushaltes der Atmosphäre. Durch den Treibhauseffekt werden in der Atmosphäre vertikale Luftströmungen – Konvektion – angeregt, die aber den Treibhauseffekt nicht zum Erliegen bringen.

*Als – wenn man so will – illustrierendes Beispiel wird angeführt: Ein in der Sonne stehendes Auto würde sich nach Sonnenuntergang schnell wieder der Umgebungstemperatur anpassen. Ist ein derartiges Beispiel im Zusammenhang mit der Erderwärmung überhaupt tauglich?*

Die Temperatur des Autos passt sich aufgrund von Wärmeleitung und Wärmestrahlung der natürlichen Umgebung an. Konvektion versucht die Temperaturunterschiede auszugleichen, die tägliche Sonneneinstrahlung verhindert dies. Die Atmosphäre befindet sich daher immer in einem Fließgleichgewicht. Auf das Auto übertragen hieße dies, die Standheizung läuft immer und die Autotemperatur passt sich nicht der Umge-

bungstemperatur an.

*Es wird ja bestritten, dass der Klimawandel überhaupt mit CO<sub>2</sub>-Konzentrationen in einem kausalen Zusammenhang gestellt werden kann. Zum einen wird behauptet: Da der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre nur 0,035 % beträgt, könne CO<sub>2</sub> nicht als Treibhaus-„Glas“ fungieren. Und es wird behauptet, dass in der Erdgeschichte auch hohe CO<sub>2</sub>-Konzentrationen mit sehr niedrigen Temperaturen einhergegangen seien. Was ist dran an diesen „Argumenten“?*

Der natürliche Treibhauseffekt ist ein Spurenstoffeffekt. Wenige Prozent, hauptsächlich Wasserdampf, reichen eben aus für die 33 Grad Erwärmung. Auch im täglichen Leben gibt es Spurenstoffeffekte: Die lethale Dosis von Zyankali ist 0.14 g, oder 0,002 % des Körpergewichts. Zahlen sagen zunächst nichts über die potentielle Wirkung.

Zu beachten ist, dass der direkte CO<sub>2</sub> Effekt gering ist; er verursacht jedoch einen erhöhten Wasserdampfgehalt in der Atmosphäre, der dann seinerseits die eigentliche Erwärmung erst hervorruft.

Ein Blick in die Klimageschichte zeigt, dass stets eine hohe Korrelation zwischen CO<sub>2</sub> und Temperatur existierte. Beide kausale Richtungen sind möglich: erhöhtes CO<sub>2</sub> führt zu höherer Temperatur und umgekehrt auch führt eine höhere Temperatur zu einer erhöhten biologischen Aktivität und zu erhöhter Freisetzung aus dem Ozean.

Generell sollte man sagen, dass Klimaänderungen viele Ursachen haben können, Veränderungen der Sonnenaktivität, Vulkanausbrüche, Änderungen der Mee-



Zeichnung: Til Mette, aus: GrafStat – Unterrichtsmaterial "Umweltbewusstsein / Klimaschutz"

resströmungen, Änderungen der Erdbahn, Zusammensetzung der Erdatmosphäre, Meteoriteneinschläge, Landnutzungen größeren Ausmaßes: das Klima ist sehr sensibel. Jegliche Aussagen, es gäbe nur eine Ursache für Klimaänderungen sind daher unzutreffend.

*Schließlich wird behauptet, die momentane Durchschnittstemperatur sei in den letzten 100 Jahren zehnmal erreicht und übertroffen worden, ohne dass dies zu anhaltenden Konsequenzen für das Ökosystem geführt habe. Was ist von dieser Art retrospektiver Entwarnung zu halten?*

Bei solchen Aussagen muss zunächst geklärt werden, was mit wem verglichen wird. Was ist die gegenwärtige Durchschnittstemperatur, ein globales Jahresmittel, eine mittlere Temperatur über mehrere Jahre, oder? Was ist die Vergleichsgröße? Die Jahr- zu Jahrschwankungen der Jahresmitteltemperatur an einem Ort können sicherlich größer sein, als die vorhergesagte Änderung im Mittel.

Die Wirkungen auf das Ökosystem werden nicht hinreichend durch die Angabe einer veränderten Mittel-



## Vorläufiger Giftmüllstopp in Mariagluck / Höfer

In das ehemalige Kalibergwerk Mariagluck in Höfer darf kein Giftmüll mehr eingebracht werden. Die 1. Zivilkammer des Landgericht Lüneburg erließ am 16. April eine einstweilige Verfügung. Die Eigentümer eines Grundstücks in der Nähe der Schachanlage hatten das Verfahren gegen den Bergwerksbetreiber angestrengt.

Damit ist es „Kali & Salz“ künftig untersagt, die Schachanlage weiter mit Salzlösungen aus Müllheizkraftwerken beziehungsweise –verwertungsbetrieben „dergestalt zu befüllen, dass Salzlösungen aus diesen Werken oder Teile davon auf das Grundstück der Verfügungsklägerin in Höfer gelangen“. Für Zuwiderhandlungen wurde dem Kasseler Salz- und Düngemittelkonzern ein Ordnungsgeld bis zu 250 000 Euro angedroht.

Die Problematik mit den giftmüllartigen Rauchgaslaugen entwickelte sich zeitparallel zu dem Skandal der Verbringung von Asse-Laugen nach Höfer. In diesem Zusammenhang hatte der Kreistagsabgeordnete Hauptmeyer (BSG) die Kreisverwaltung gefragt: „Gibt es weitere Giftstoffe oder Sondermüll, die in Höfer gelagert

temperatur beschreiben, sondern durch die Veränderungen aller für dieses System relevanten atmosphärischen Zustandsgrößen. Solche können beispielsweise sein: ausbleibende Frosttage, verspätete Nachfröste, Kombination von hoher Windgeschwindigkeit und Trockenheit etc. Die Bestimmung dieser Einflussparameter ist Gegenstand aktueller Forschung.

*Das einzige ernsthafte Argument scheint die These von Svensmark über den Zusammenhang von Strahlungsintensität der Sonne und parallelen Temperaturverläufen auf der Erde zu sein. Aber wird das nicht in der Klimaforschung reflektiert? Man kann ja über den Anteil streiten, aber wohl weniger darüber, dass es ein zusätzlicher und verstärkender Faktor ist – also Klimaschutzmaßnahmen nicht überflüssig macht, sondern im Gegenteil die Situation verschärft, oder?*

Die Veränderung der Strahlungsaktivität scheint nach Aussagen der Fachleute nicht auszureichen, den beobachteten Anstieg alleine zu erklären.

*werden oder wurden, die dort (wie die Laugen) eine andere Verwendung finden?“* Kreisrat Höhl antwortete am 8. September 2008 so: „Dem Landkreis und dem Umweltministerium liegen keine Erkenntnisse über solche Lagerungen vor.“ Schon kurz darauf räumte die Landkreisverwaltung – nebenbei – ein, dass rund 100.000 m<sup>3</sup> Laugen aus der Rauchgasreinigung von Müllverbrennungsanlagen versenkt worden sind. Bis heute ist der Öffentlichkeit nicht bekannt, wer dies überhaupt genehmigt hat bzw. ob dafür überhaupt Genehmigungen vorliegen.

Dann kam durch Messungen im Schacht Ende vergangenen Jahres heraus, dass die Belastungen mit radioaktiven Nukliden, aber auch Arsen und Quecksilber nicht (allein) von den eingebrachten Laugen aus der Asse stammen, sondern ihre Ursache in den eingebrachten Rauchgaslaugen haben. Im Umweltausschuss des Kreistages am 5. März 2009 spielte diese brisante Information überhaupt keine Rolle; weder gab die Verwaltung von sich aus Auskunft, noch fragten die Ausschussmitglieder nach. Ein Armutszeugnis.

## Klimaschutzkonzepte für Stadt und Landkreis

Vor einem knappen Jahr hat das Bundesumweltministerium in einer gemeinsamen politischen Erklärung mit den kommunalen Spitzenverbänden die Bedeutung der lokalen Ebene für den Klimaschutz herausgestellt. Anfang des Jahres hat das Gabriel-Ministerium einige zusätzliche Fördermöglichkeiten für die Entwicklung kommunaler Klimaschutzkonzepte bereitgestellt. Aber in Stadt und Landkreis Celle, so die Befürchtung von Wolf Wallat von der Fraktion „Die Linke/BSG“, scheint man diese Aufgabenstellung und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu verschlafen.

Deshalb haben Wallat und Hauptmeyer sowohl im Stadtrat wie im Kreistag einen umfangreichen Antrag gestellt, in dem die Verwaltungen aufgefordert werden, endlich Klimaschutz als kommunalpolitische Aufgabe konzeptionell anzugehen.

Ein ähnlich umfassender Antrag der Ratsfraktion der Grünen vor zwei Jahren habe nicht zum erwünschten Ergebnis geführt. Seitdem habe es in Stadtrat und Kreistag immer mal wieder einzelne Vorschläge der Fraktionen gegeben. Doch Wallat meint: „Dieses klein-klein bringt uns nicht voran, ein Konzept mit dem Willen zur Energiewende muss her.“ Und dafür könnten Förderöpfe des Bundes genutzt werden. Wallat erwartet, dass die Verwaltungen spätestens in den nächsten Umweltausschusssitzungen die Möglichkeiten darstellen: „Wenn zum Beispiel die Stelle eines lokalen Klimaschutzmanagers gefördert wird, dann sollte man das nutzen. Und wenn es zur Erstellung von Konzepten Mittel gibt, gilt das auch hierfür.“ Man könne sich, so der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, nicht darauf verlassen, dass die Energiekonzerne an dezentralen Konzepten interessiert seien. Wer sich hierbei etwa auf die SVO verlasse, der sei verlassen. Für die Stadt und den Landkreis gehe es darum, in einem klar definierten Zeitraum bestimmte Maßnahmen zu entwickeln, die Teil der erforderlichen Energiewende sind. Und Wallat will in dieser Frage in der Stadt angesichts des „Energie“-Aktienpaketes, das die Stadt hält, auch keine Finanzierungsvorbehalte hören: „Klimaschutzmaßnahmen sind nicht zum Nulltarif zu haben, aber erstens sagt global gesehen der Stern-Report, dass es die Volkswirtschaften teurer kommt, nichts zu tun, und zweitens können sich auf kommunaler Ebene angesichts steigender Energiepreise Investitionen sogar schneller amortisieren, als man denkt.“

Der für Kreistag und Stadtrat ähnlich lautende Antrag der Fraktion fordert Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz, regenerative Energien und Block-Heizkraftwerke. Ausdrücklich soll es dabei nicht allein um kommunale Liegenschaften gehen. Wallat: „Selbstverständ-

lich gibt es in den Verwaltungen Ansätze von Energiemanagement, aber Verbesserungen sind möglich. Wir wollen vor allem aber, dass kommunalpolitisches Denken den engen Rahmen der Verwaltung verlässt. Die Stadt Celle etwa verhält sich im Augenblick wie ein Eigenheimbesitzer mit Energieaktien. Wo es sich lohnt, setzt man Energiespartechnik ein, und bei den Aktien interessiert einen nicht die Geschäftspolitik, sondern vor allem die Dividende. Das ist zu wenig. Stadt und Landkreis müssen energiepolitische Akteure werden.“ Beispielfhaft nennt der Kommunalpolitiker die Initiierung von Photovoltaik-Anlagen über Investitionen im Rahmen von Bürger-Contracting. „Ich weiß, dass es genügend Interessenten für derartige Investitionsprojekte gibt. Aber selbstverständlich wollen die Bürger Sicherheit, und das genau könnte über Modelle mit kommunaler Beteiligung hergestellt werden.“

Wallat hofft im übrigen darauf, dass die anderen Fraktionen mitziehen: „Hier und da hat doch jede Fraktion schon mal eine Idee eingebracht. Nur ohne Rahmenkonzept bleibt alles Stückwerk.“

### Konzessionsvertrag ausgeschrieben

Die Stadtverwaltung – in persona Dr. Schmitt – hat am 28. Januar 2009 im Bundesanzeiger „gemäß § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)“ bekannt gegeben, „dass der Konzessionsvertrag für die Strom- und Gasversorgung mit der SVO Energie GmbH zum 9. April 2011 endet.“ Weiter heißt es: „Die Stadt Celle beabsichtigt, einen neuen Wegenutzungsvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abzuschließen. Qualifizierte Energieversorgungsunternehmen mit Fachkenntnissen in den Sparten Strom und Gas und entsprechenden Genehmigungen gemäß § 4 EnWG, die an dem Abschluss eines Konzessionsvertrages mit der Stadt Celle interessiert sind, werden hiermit gebeten, innerhalb einer Frist von 3 Monaten ab dem Erscheinen dieser Bekanntmachung im Bundesanzeiger, ihr Interesse gegenüber der Stadt Celle, 29220 Celle, schriftlich anzumelden.“

Die Fraktion „Die Linke/BSG“ hat daraufhin die Verwaltung aufgefordert darzustellen, wie sie sich zeitlich und inhaltlich die Vergabe der Konzession vorstellt. Die Vorstellung der Fraktion, dass die Stadt über eigene Stadtwerke wieder selbst energiepolitischer Akteur werden soll, ist in vielem von dieser Frage abhängig. Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

## Stoff und Gelegenheit für eine Ein- schwörung auf unbedingte Systemtreue

Seit Monaten erfährt das lesekundige Publikum von immer größeren Milliardensummen, die im Finanzge- werbe gestrichen und abgeschrieben werden. Die Debat- te, ob der Staat die Banken und Spekulanten retten soll, ist entschieden: Er muss! Denn nur gesunde Banken können der Wirtschaft Kapitalvorschuss auf Kredit spendieren – und Kapital braucht die arbeitende Bevöl- kerung ja wohl so nötig wie das tägliche Brot, oder? Was dem Publikum an Aufklärung über die Finanzkrise ge- boten wird, ist nicht in dem harmlosen Sinn verkehrt, dass Fakten verdreht oder verheimlicht würden. Es ist schlimmer: Die Informationsflut leitet mit fachkundi- gen Antworten dazu an, nichts als lauter falsche Fragen zu stellen. Diese Kunst der systematischen Irreführung durch Information und Kritik beherrschen auch die Kommentatoren der CZ.

Mitten in seiner ausufernden Krise wird das kapitalistische System über den grünen Klee gelobt: „Nach der Devise 'Eigentum verpflichtet' hat uns die soziale Marktwirtschaft in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Wohlstand und Wachstum beschert.“ (1) Und weil stets der Erfolg des Systems das Argument seiner unbedingten Befürwortung ist, sehen die Apologeten der Marktwirtschaft im unabweisbaren Misserfolg unmittelbar die Gefahr einer Blamage des Objekts ihrer Verehrung heranziehen. Also machen sie sich an die ungewohnte Aufgabe, dem Kapitalismus geistig vor dem Ruin durch seine eigene maßgebliche Elite zu retten. Zu diesem Zweck schrecken sie nicht davor zurück, die neulich noch bewunderten Helden des großen und schnellen Geldes der Misswirtschaft bis hin zur kriminellen Veruntreuung des globalen Volksver- mögens zu bezichtigen: „Nur sein gutes Recht will der ehemalige Chef der angeschlagenen Bank Hypo Real Estate durchsetzen - wie jeder andere Arbeitnehmer auch. Das sagt zumindest der Anwalt des ehemaligen Spitzenmanagers Georg Funke, unter dessen Führung der Immobilien- Finanzierer HRE Milliarden Euro in den Sand setzte. Schlimmer noch: Monatelang soll die HRE-Spitze die Schiefelage der Bank geleugnet haben.“ (2) Ohne dass davon etwas zurückgenommen werden müsste, erfolgt daneben die Warnung, es mit der Entzweiung gegenü- ber den pflichtvergessenen Bossen und Spekulanten nicht zu übertreiben. Die finanzkapitalistische Elite wird schließlich weiterhin gebraucht. Das Fußvolk soll sich mal an die eigene Nase fassen und eingestehen, dass es im Grunde seines Herzens nicht minder eigensüchtig ist als die verachteten Yuppies und gerne auch spekulativ unterwegs wäre. (3) In diesem Sinne muss auch die Poli- tik sich sagen lassen, dass sie versagt, falsche Anreize ge- stiftet und selber Bankengeschäfte in den Sand gesetzt hat.

Diese Gedankenbewegung mündet zielstrebig in den konstruktiven Vorschlag ein, die verantwortlichen Inha- ber der Staatsgewalt möchten doch alles tun, damit diese Herrschaft wieder funktioniert: „Als früherer Chef des In- ternationalen Währungsfonds weiß Horst Köhler besser als manch anderer, der sich in diesen Tagen zur Finanzkrise äußert, wovon er spricht. Deshalb haben seine Kritik an der Maßlosigkeit der Gesellschaft und sein Plädoyer für einen starken Staat auch besonderes Gewicht. (...) Köhler stellt .. klar, dass ein gemeinsamer Kraftakt von Staat und Bürgern aus der Krise heraus führen wird. Er appelliert an die Verantwortung jedes einzelnen, nimmt aber vor allem die große Koalition in die Pflicht ...“ (4) Dass das System in seiner Krise staatliche Gewalt braucht, um zu überle- ben, ist ebenso allgemeiner Konsens wie die Gewissheit, dass das weder gegen das Regime des Geldes spricht noch gegen den Staat, der es seiner Gesellschaft gewalt- sam aufoktroziert. Differenzen tun sich jedoch in der Frage auf, ob das System eigentlich ganz gewaltfrei se- gensreiche Dienste tut und den Staat nur als Nothelfer braucht, wenn und solange die Not kein Gebot kennt: „Es klingt ziemlich radikal, womit die Bundesregierung droht: die Zwangsverstaatlichung einer privaten Bank. (...) Beim Gedanken daran dürfte so manchem Verfechter der sozialen Marktwirtschaft sich der Magen umdrehen. Und da es glücklicherweise, im Bundestag keine Mehrheit für eine sozialistische Planwirtschaft gibt, wird es auch nur ein Einzelfall bleiben.“ (5) Oder ob umgekehrt erst die Staatsmacht mit ihren Eingriffen den Segen erweckt, der im Markt liegt, im kapitalistischen Betrieb aber nur all- zu leicht verschütt geht: „Der Streit über die Abwrack- prämie für alte Autos ist in Deutschland beinahe zu einer politischen Grundsatzdebatte geworden. (...) Noch freuen sich Automobilbauer und Pkw-Händler über gestiegene Umsätze. Doch irgendwann einmal (...) ist die Zeit für die Abwrackprämie abgelaufen. Dann, so befürchten Experten, wird die Automobilindustrie über drastische Umsatzein- brüche klagen. Denn dann ist der Bedarf der Deutschen an Neuwagen erst einmal gedeckt, und der 'Vorzieheffekt' auf- grund der hohen Prämie macht sich negativ bemerkbar.“ (6) Zwischen diesen beiden kongenial affirmativen Dummheiten verläuft derzeit die Front zwischen Frei- heit und Sozialismus. (7)

Und weil außer der Marktwirtschaft auch noch De- mokratie herrscht (und ein Superwahljahr bevor- steht), kommt das sachgerecht aufgeklärte Publikum außerdem noch in den Genuss, die diesbezügliche Tatkraft seiner Chefs (und Chefinnen) kritisch beurteilen zu dürfen.

Bei allem, was die Herrschaft erörtert und verordnet, steht für die demokratische Öffentlichkeit dabei die



Frage im Raum: Gelingt dem OP-Team unter Chefärztin Merkel „der komplizierte Eingriff“? Kommt es durch die Rentenanhebung wirklich zu einen „deutlichen Schub für die Binnennachfrage“ oder müssen die Rentner im nächsten Jahr „wieder mit einer Nullrunde rechnen“? (8) Ist es vernünftig, wenn die Kanzlerin „weitere Konjunkturprogramme strikt ablehnt“ oder sollte man sich besser der SPD-Linie anschließen und „immer neue Milliarden-Ausgaben des Staates“ fordern? (9) Eine Sache ist bei all der Fragerei jedenfalls klar: Es wird regiert! Politiker handeln und kümmern sich um „unsere“ Probleme. Das nährt Zuversicht: Wird die Tatkraft unserer politischen Häuptlinge die Nation voran bringen? (10) Wer gedanklich hier angekommen ist, der freut sich dann wahrscheinlich gemeinsam mit Klaus M. Frieling über diese Nachricht: „Die Europäische Union formuliert klare Regeln für eine künftige stabilere und transparente Finanzarchitektur, sie stockt ihre finanzielle Beteiligung bei der Krisenabwehr auf, hilft östlichen Staaten und bringt zudem ein eigenes Mini-Konjunkturpaket auf den Weg.“ (11) Dem Fußvolk des Systems wird die Absurdität zugemutet, wegen der Krise der Überakkumulation im Finanzgewerbe für ein neues Gelingen der Akkumulation in allen kapitalistischen Gewerben zu sein. Alle systemgemäß



fälligen Gemeinheiten soll es sich in diesem Sinne gefallen lassen und weiter unter dem und für das Regime des Geldes arbeiten oder ohne Arbeit brav und unauffällig herumsumpfen.

Wenn die Märkte einbrechen, wenn in Industrie und Handel die Geschäfte schrumpfen, dann wen-

den die Unternehmen Schaden von ihren Bilanzen ab, indem sie ihn an ihre Arbeitskräfte weitergeben: Sie entlassen, verordnen Kurzarbeit, senken Löhne. Sie passen ihre Kosten an die verminderten Geschäftsgelegenheiten an und verteidigen ihre Gewinne. An dieser Front findet der Kampf darum statt, wer in welchem Maß dafür Opfer zu bringen hat, dass das Wachstum wieder in Gang kommt und die ganze (kapitalistische) Scheiße von vorne losgeht.

Wer nicht weiterhin zum Opfer von Krise und Krisenbewältigung gemacht werden will, wer in einem neuen Aufschwung nicht wieder Mittel des Profits sein will, hat anderes zu tun, als sich an den Staat zu wenden, der mit seiner Macht durch die Garantie des Privateigentums die des Kapitals in die Welt setzt, absichert und betreut. Wer sich die Rolle als flexibler Kostenfaktor nicht mehr gefallen lassen will, wer es satt hat, in Zeiten der Konjunktur mit flexibler Arbeitsbereitschaft für das Wachstum der Profite bereit zu stehen und in der Phase der Schrumpfung die Firmenbilanzen durch Lohnverzicht zu sanieren, der kommt um eine Kündigung seiner Rolle als Ware Arbeitskraft nicht herum!

- (1) Oliver Gatz: Millionen schaffen Ausstieg aus Hartz IV nicht, CZ vom 10.03.09.
- (2) Michael Regehly: Ex-Bankenchef fordert 3,5 Millionen Euro, CZ vom 11.03.09.
- (3) Dass diese Sichtweise z.B. auch vom ehemaligen OB Biermann vertreten wurde, war bereits der Revista Nr. 41 zu entnehmen („Der Fall Warg ...“, S. 11f). Mehr zum Thema: GegenStandpunkt 4-08, Die geistige Bewältigung der Finanzkrise, S. 38ff („Wir Schuldenmacher“)
- (4) Ralf Leineweber: Berliner Rede des Bundespräsidenten, CZ vom 25.03.09.
- (5) Oliver Gatz: Zwangsverstaatlichung der Hypo Real Estate, CZ vom 21.03.09.
- (6) Michael Regehly: Debatte über Abwrackprämie, CZ vom 04.04.09.
- (7) Weitere „schlaue“ Beiträge dieser Art liefern Regehly und Gatz, wenn sie sich Gedanken über schärfere Regeln für Managergehälter (CZ vom 12.03.09) oder eine direkte Staatsbeteiligung beim Autobauer Opel (CZ vom 01.04.09) machen.
- (8) Michael Regehly: Renten steigen deutlich, CZ vom 17.03.09.
- (9) Michael Regehly: Wirtschaftsgipfel in London, CZ vom 02.04.09.
- (10) Hierzu nur kurz angemerkt: Wenn die Verhältnisse global aufgemischt werden, spekulieren die professionellen Politikberater ungeniert auf neue Chancen und mögliche Krisengewinne, auf eine neue Aufteilung der Welt. Das ökonomische Desaster kann gar nicht so groß sein, die Folgen für die Statisten in aller Welt gar nicht so schlimm, dass ihr imperialistischer Verstand Schaden leiden würde. Im Gegenteil! Er wird durch die Krise beflügelt. Mehr zum Thema: GegenStandpunkt 4-08, Die geistige Bewältigung der Krise, S. 80ff.
- (11) Klaus M. Frieling: Gipfel der Europäischen Union, CZ vom 21.03.09.

\*\*\*

*Zu den Fotos: Nachdem im letzten Jahr sämtliche Mitarbeiter, auch die ohne Kopf, bei Warg entlassen wurden, fanden einige, nun allerdings nur mit halbem Körpereinsatz, eine Beschäftigung im Freien über Ostern im Celler Hafen.*

Ehemaliges Mitglied der Kameradschaft 73 ist

## Vertrauensperson des Verfassungsschutzes

Denkt man an Agenten des Verfassungsschutzes, kommen immer die Assoziationen auf an Männer mit Schlapphüten, die mit den hochgeklappten Kragen ihres Trenchcoats verstohlen durch dunkle Gassen laufen. Ein Hauch von Geheimnis und Abenteuer schwingt in dieser Vorstellung mit. Doch mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun; die ist meist wesentlich banaler.

Dass V-Leute des Verfassungsschutzes in den diversen rechten Netzwerken tätig sind und dort nicht nur beobachten, sondern auch teilweise treibende Kräfte sind, ist keine neue Erkenntnis - doch jetzt wurde so ein Fall auch in Celle bekannt.

Am 12. März dieses Jahres wurden nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin sechs Beschuldigte in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird vorgeworfen, ein Internetradio betrieben zu haben, bei dem eine Vielzahl von Titeln gespielt wurden, die u.a. die Straftatbestände der Volksverhetzung, des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Gewaltdarstellung erfüllen. Die Beschuldigten sollen



Sandra Harbich bei einem Naziaufmarsch in Bad Nenndorf am 28.07.2007 (Foto: Recherche Nord)

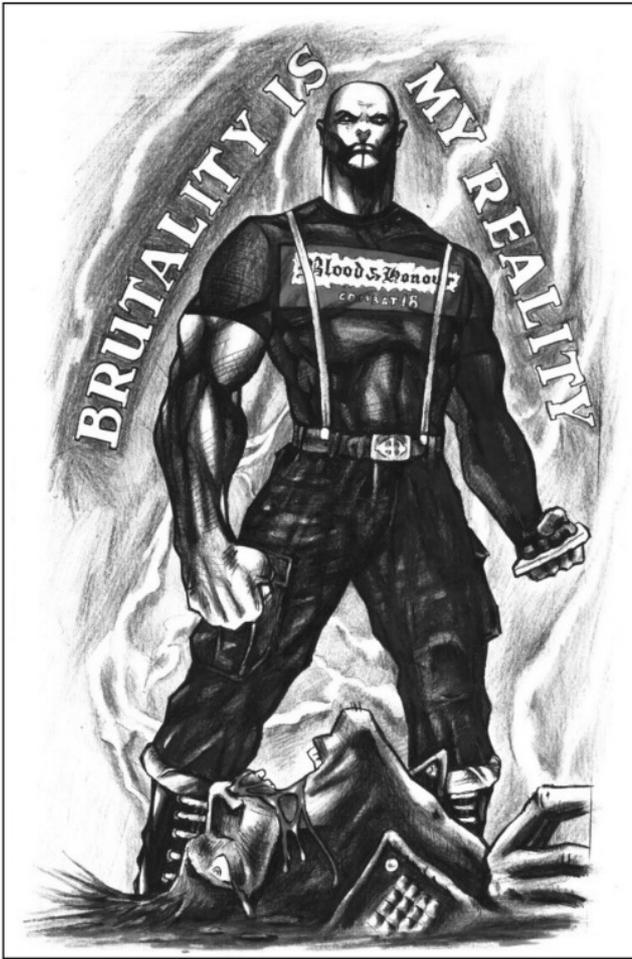
dabei mehrmals wöchentlich eigene Sendungen moderiert haben, in denen sie selbst Parolen aus der Zeit des Dritten Reichs riefen oder den Holocaust leugneten. Außerdem wurden detaillierte Anleitungen zum Bau von Sprengmitteln aller Art gegeben, so dass - laut Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin - auch ein dringender Tatverdacht wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz vorliegt. Neben dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung werden den Beschuldigten 250 Straftaten zugeordnet. Bei den Hausdurchsuchungen wurden auch Waffen gefunden.

Die Seiten des Internetradios mit dem Namen „European Brotherhood Radio“ sind auch jetzt noch online - mitsamt den Bombenbauanleitungen. Dort wird erklärt, wie man u.a. Rohrbomben, Glassplitterbomben oder Handgranaten bastelt, wie man seinen eigenen Sprengstoff herstellt und wie man Abreiß- oder elektrische Zünder konstruiert.

Das ganze Konglomerat wird nach Gefährlichkeit eingeschätzt und mit Empfehlungen „für Newbies“ (also Anfänger), für „Fortgeschrittene“ oder für „Profis“ versehen. Zwar wird darauf hingewiesen, dass dies „keines Falls als Aufforderung gesehen werden“ soll und „der allgemeinen Bildung und der Erweiterung des Wissenshorizonts“ dient, doch betrachtet man den Gesamtkontext der Seite, ist das wenig glaubwürdig.

In der Bildergalerie sind etliche Logos und Bilder der in Deutschland verbotenen Organisation „Blood and Honour“ (Blut und Ehre) zu sehen. Neben den Nationalsozialismus verherrlichenden Bildern - sowohl aus der Zeit des Dritten Reiches sowie jüngeren Datums - sind auch verächtliche Cartoons über „Juden“ und „Nigger“ eingestellt. Die Pseudonyme der Moderatoren deuten ebenfalls auf eine latente Gewaltbereitschaft: So nennen sie sich u.a. „Sensemann88“ (wobei 88 für „Heil Hitler“ steht) und „K.Nackentod“.

Nach Recherchen des Magazins Focus handelt es sich bei einer Moderatorin des rechtsextremen Internet-Radios um eine Vertrauensperson des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Unter dem Pseudonym „Gefjon“ fiel die 31-jährige Frau aus Soltau durch besonders heterische Moderationen auf. So erklärte sie zum Holocaust, es seien „auch 200 000 bis 300 000 Juden ums Leben gekommen, meiner Meinung nach viel zu wenig“. Nach Informationen des Focus ist sie nach wie vor für den Verfassungsschutz tätig. Bei der niedersächsischen Behörde hieß es dazu lapidar, dass schwere Straftaten von V-Leuten generell nicht geduldet würden, und der Verfassungsschutz-Präsident Günter Heiß wird vom Focus zitiert: „Das Problem bei unseren Quellen ist, dass wir nicht immer wissen, was die sonst so tun.“



Gewaltverherrlichung auf den Internetseiten des „European Brotherhood Radio“

Es ließ nicht lange auf sich warten, da wurde in der Naziszene vor dem vermeintlichen Spitzel gewarnt. Auf der rechtsradikalen Internetseite „Altermedia“ wurde die Identität offenbart. Demnach handelt es sich um Sandra Harbich, die jetzt wieder unter ihrem Mädchennamen Sandra Franke agiert.

Sandra Harbich ist in Celle keine Unbekannte, hier wirkte sie ungefähr ein Jahr lang als Mitglied der nazistischen Kameradschaft 73 (siehe Revista Nr. 35). Zuvor wohnte sie in Soltau und war dort in der örtlichen Naziszene aktiv. In Celle ging sie eine Liaison mit Klaus Hellmund, einem der Köpfe der als gewaltbereit geltenden Kameradschaft, ein und zog mit ihm Anfang 2007 zusammen nach Hängisen. Die Beziehung währte nicht lange und endete im Streit. Bereits nach einem Jahr war die gemeinsame Wohnung aufgelöst und Harbich zog es wieder nach Soltau.

Während ihrer Zeit in Celle nahm sie an den Aktivitäten der örtlichen Neonazis teil. Als am 06.07.2007 das Celler Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt auf dem Heesemarkt beim örtlichen Stadteifest einen Informationsstand aufbaute, kam es von Seiten der Celler Neonazis zu gezielten Provokationen. Neben Klaus Hellmund und Dennis Bührig war auch Sandra Harbich

zugegen, wobei sie sich nicht gerade durch verbale Zurückhaltung auszeichnete. Was fehlte, war die Celler Polizei. Sollte Harbich zu diesem Zeitpunkt schon für den Verfassungsschutz tätig gewesen sein, dürfte die geplante Naziprovokation ja bereits im Vorfeld bekannt gewesen sein. Während jeder Nazistand immer mit einer Vielzahl, bis hin zu einer ganzen Hundertschaft von Polizisten geschützt wird, hielt man es in diesem Fall nicht einmal für nötig, einen Streifenwagen abzustellen. Da das provozierende Auftreten gewaltbereiter Neonazis immer auch ein einschüchterndes Moment beinhaltet, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies bewusst in Kauf genommen wurde. Im Celler Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt arbeitet ja auch die Antifaschistische Aktion Celle (AAC) mit und die ist der Celler Polizei bekanntlich ein Dorn im Auge, zumal die Versuche der politische Ausgrenzung der AAC ja bisher gescheitert sind.

Mal abgesehen davon, dass die Neonazis eine schon längere VS-Tätigkeit von Harbich vermuten, ist dies auch nicht unwahrscheinlich. Ihr bisheriger Lebenslauf und ihre Aktivitäten in der Naziszene deuten auf einen labilen Charakter hin, und bereits vor ihrem Wohnungswechsel nach Celle hatte sie als Moderatorin des rechten Onlineportals „Odins Kontaktanzeigen“ Zugang zu persönlichen Daten, die für den Verfassungsschutz relevant sind.

Wie immer bei solchen dubiosen Geschichten gibt es auch diesmal mehr Fragen als Antworten. Es wäre schön, wenn sich jemand trauen würde, diese auch laut zu stellen.

Dieter Kurz

## Neonaziattacke in Sülze

Am späten Freitagabend, den 27.03.2009 ist es im "Kaffeegarten Sülze" zu einem Übergriff von Neonazis auf drei Jugendliche gekommen. Die drei jungen Männer befanden sich vor der Gaststätte, als ein voll besetztes Auto vor dem Lokal hielt. Ohne Vorwarnung griffen die zahlenmäßig überlegenen Insassen des Autos die Jugendlichen an. Dabei entging einer der drei Angegriffenen nur knapp einer Messerattacke durch einen der Neonazis. Die drei jungen Männer trugen im folgenden Prellungen, Schürfwunden und weitere Verletzungen durch Tritte und Schläge davon. Bei den Angreifern handelt es sich um junge Neonazis aus dem Raum Hermannsburg, die Kontakte zu der Celler Kameradschaft 73 und den "Snevern Jungs" aus Schneverdingen pflegen. [...] Der Angriff zeigt eine neue Dimension der Gewaltbereitschaft von Seiten der Neonazis, die mit ihrer Messerattacke sogar den Tod eines Menschen billigend in Kauf genommen haben. Ein solch gefährliches Verhalten darf nicht verschwiegen werden, schließlich ist es gerade die fehlende Öffentlichkeit, welche die Neonazis dazu bringt, sich immer sicherer in ihrem Auftreten und ihren Methoden zu fühlen. [...]

Antifaschistische Aktion Celle [AAC]

## Linke und IHK

Dass „Die Linke“ und die Industrie- und Handelskammer (IHK) einer Meinung sind, dürfte so häufig nicht sein. Sowohl die Ratsfraktion wie der Arbeitgeberverband fordern aber jetzt die Öffnung der Telefunknastraße, die im Augenblick als Sackgasse auf die Allerkaufstraße stößt. Ihr Argument: Mit der zusätzlichen Ansiedlung eines Möbelmarktes sei eine Verbesserung der verkehrlichen Anbindung erforderlich. Im Planungstab der Stadtverwaltung will man allerdings die dann entstehende Situation einer Durchgangsstraße vermeiden.

## Karstadt ohne Käse

Karstadt schließt spätestens zum September seine Lebensmittelabteilung. Auf die Kellerebene im Haupthaus zieht dann das sogenannte „Living-Haus“. Und dort will sich – dem Vernehmen nach – die Drogeriekette Müller ausbreiten. Als Grund gab Karstadt Chef Schmittmann „enorme Umsatzverluste“ an. Kaum noch jemand kaufe in der Altstadt Lebensmittel, was auch damit zusammenhänge, dass die BewohnerInnenzahl im Zentrum zurückgeht. – So steht „Penny“ in der Schuhstraße ab Herbst zunächst alleine da. Mit oder ohne Gedo müsse ein Ersatz für Karstadt kommen, so die Meinung aus dem Rathaus.

## Tschüss Felek

Zehn Jahre war Felek Uca aus Celle für die PDS, später „Die Linke“ im Europaparlament. Aus undogmatischer Sicht müssen wir leider konstatieren, dass die Linke (ohne Führungsstriche) in Stadt und Region wenig bis nichts von dieser parlamentarischen „Repräsentanz“ gehabt hat. Dazu trugen insbesondere die Personalentscheidungen zur Besetzung des Celler Büros bei, die „politisch“ nur insoweit waren als sie unpolitisch waren. In keinem einzigen uns bekannten Fall hat eine der von Felek Beschäftigten sich mal in ein Bündnis oder eine Bewegung vor Ort eingebracht, was man vielleicht nicht einmal den Beschäftigten vorwerfen sollte. Dass ein „Sekretär“ oder eine „Sekretärin“ in der Linken einen ande-

ren Job zu machen hätte, als das Telefon zu hüten, ist zur Abgeordneten wohl nie vorgedrungen. Deshalb empfinden wir auch keine Wehmut bei ihrem Abschied: Felek Uca kandidierte bei der Wahl der Bundesliste der Partei „Die Linke“ erneut für die Listenplätze 13 und 15. Mehr als 42 Stimmen (9,2 %) bzw. 47 Stimmen (11 %) waren ihr nicht vergönnt. – Immerhin: Der uns politisch näher stehende Antimilitarist Tobias Pflüger, seit 2005 – ursprünglich als Parteiloser – im EP setzte sich gegen den Vorschlag des Bundesvorstands in der Abstimmung um den aussichtsreichen Listenplatz 10 durch. Glückwunsch! Denn bei ihm können wir sogar hoffen, dass er uns mal vor Ort unterstützt – z.B. bei Aktionen gegen den „Celler Trialog“.



## Nazi-Demo am 1. Mai

Die am 1. Mai von dem Celler Neonazi Dennis Bührig angemeldet Demonstration unter dem Motto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdictatur – Nationaler Sozialismus jetzt“ wurde verboten, u.a. mit der Begründung, dass der mehrfach vorbestrafte Anmelder kein Garant für einen gewaltfreien Ablauf ein kann aber auch, weil das Motto den Strafbestand der Volksverhetzung erfülle. Daraufhin wurden von den Nazis zwei andere, auch nicht gerade unbeschriebene Blätter, als Anmelder benannt und gegen das Verbot beim Verwaltungsgericht Hannover geklagt.

Währenddessen wurde Sebastian Wertmüller (DGB), der für das Große Bündnis gegen den Naziaufmarsch federführend aktiv ist, vom Hanoverschen Polizeichef Uwe Binias unter Druck gesetzt: der Aufruf zu den geplanten Blockaden rund um den Zent-

ralen Omnibusbahnhof in Hannover wäre fast als „Aufruf zu einer Straftat“ anzusehen. Wertmüller will aber an dem Konzept festhalten. Wie in Köln gegen die Großveranstaltung von „Pro-Köln“ und am 11.04.2009 in Lüneburg gegen einen Aufmarsch von ca. 200 Neonazis deutlich zu sehen war, ist eine Blockade durchaus möglich, wenn sie von einem breiten Bündnis getragen wird und politisch gewollt ist. In beiden Fällen war es so, dass die Blockaden der Polizei vor Ort als Begründung dienten, den Nazis ein weiterkommen zu untersagen. – Wie das gerichtliche Geplänkel ausgeht und was genau am 01. Mai in Hannover möglich ist: informiert Euch <http://hannovergegnnazis.blogspot.de> ... und kommt zahlreich nach Hannover, Beginn 10:00 Uhr.

## Keine Krise bei „Defence“

Umsatzsteigerungen konnte der Vorstandsvorsitzende Klaus Eberhardt auf der Bilanzpressekonferenz der Rheinmetall AG im März verkünden. Deutliche Umsatz- und Gewinnzuwächse gab es bei den in Unterlüß angesiedelten Bereichen „Waffe/Munition“ sowie „Landsysteme“. Und selbstverständlich sollen die Umsätze weiterhin gesteigert werden. Krise und Krieg gehören halt zusammen wie Pech und Schwefel.

## Baker Hughes entlässt

Baker Hughes schließt den Sektor Bohrmeißelfertigung in Celle und verlagert sie in die USA. Etwa 65 Mitarbeitern flatterte deshalb eine Kündigung ins Haus. Baker Hughes beschäftigte als größter industrieller Arbeitgeber in Celle vor Ausbruch der Krise knapp 1400 Leute.

## Führer gegen Betriebsrat

Regelmäßig treffen sich Betriebsratsmitglieder und Geschäftsführung des St. Annenstifts vorm Arbeitsgericht. Auch zuletzt musste die Führer-Gruppe wieder eine Niederlage einstecken. Bei einer beabsichtigten Umstrukturierung von vier auf drei Wohnbereiche sollte ausgerechnet die Betriebsratsvorsitzende Angelika Bessert als eine der vier Wohnbereichsleiterinnen zurückgestuft

werden (= weniger Gehalt und weniger Kompetenzen). So ganz abwegig ist die Vermutung nicht, dass es der Heimleitung weniger um eine neue Struktur geht als vielmehr darum, die Betriebsratsvorsitzende zu stossen. Das Arbeitsgericht spielte hier nicht mit.

## Linke: 6,2 % in Wietze

Mit 6,2 % der gültigen Stimmen bekam „Die Linke“ in Wietze einen Ratsitz in der „Wiederholungswahl“. Damit ließ man schon im ersten Anlauf FDP (5,1 %) und Bündnisgrüne (3,9 %) hinter sich. Ganz so erstaunlich aber doch nicht: Bis in die 1960er Jahre hinein gab es eine strukturelle „linke“ Mehrheit in dem ehemaligen Erdöldorf. Das ist zwar lange her, nur für 36,8 % war die SPD auch diesmal noch gut. Die meisten Stimmen holte die CDU (39,3 %), die zusammen mit dem FDP-Vertreter weiterhin eine Mehrheit hat. – Für „Die Linke“ bekam zwar Norbert Juretzko die meisten Stimmen, er verzichtete aber zugunsten von Sabri Kizilhan auf das Mandat. Wietze hat eine ziemlich starke kurdische Community und war bisher durch niemanden im Gemeinderat vertreten. Das wird jetzt anders.

## Ostumgehung

Bisher lief es für Planer und Bauer der Ostumgehung zwar wie geschmiert, aber beim Mittelteil könnte das Projekt eventuell ins Stocken kommen. Die „Interessengemeinschaft Alternative Ostumgehung“ hat die finanziellen Grundlagen für eine Klage vor dem Obergericht Lüneburg beisammen. Ziel: eine Alternative zu der geplanten Trassenführung im dritten Bauabschnitt zwischen Altencelle und Altenhagen zu erstreiten. Die Interessengemeinschaft will verhindern, dass die Trasse Lachtehausen durchtrennt und Altenhagen vom Stadtgebiet abkoppelt. Grundsätzlich in Frage gestellt wird das überflüssige Straßenbauprojekt von dieser Seite allerdings nicht.

## Stankiewicz entlässt 133

Nachdem die Insolvenz des Automobilzulieferers Stankiewicz am Ende nicht zu vermeiden war, sind Massentlassungen in Adelheidsdorf im Landkreis Celle und an anderen Standorten die erste Konsequenz. In Adelheidsdorf wurden 133 Beschäftigten auf Grundlage einer zwischen Betriebsrat und Insolvenzverwalter abgesprochenen „Punktetabelle“ aussortiert. Neben den üblichen Kriterien wie Dauer der Betriebszugehörigkeit und familiärer Situation spielte aber scheinbar auch das Interesse nach einer „ausgewogenen Altersstruktur“ eine Rolle. Letzteres machte dann wohl in etlichen Fällen die Dauer der Betriebszugehörigkeit zur Makulatur; so wurden nach Angaben der CZ auch Beschäftigte entlassen, die seit 15 und mehr Jahren für Stankiewicz malochen.

Der Standort als ganzes scheint nicht gefährdet: Nach Informationen der Internetausgabe des „manager magazin“ soll der Wittener Autozulieferer HP Pelzer bereits Interesse am Konkurrenten signalisiert haben. Wegen der schweren Absatzkrise sei Stankiewicz derzeit ein echtes Schnäppchen. Zu erwarten sei ein Kaufpreis von 20 bis 40 Millionen Euro. In wirtschaftlich besseren Zeiten hätte das Unternehmen einen Wert von mehr als 100 Millionen Euro. – Die Stankiewicz GmbH gehört zur ebenfalls zahlungsunfähigen Gimotive GmbH und beschäftigte bisher weltweit etwa 2.000 Mitarbeiter. Neben dem Stammsitz in Adelheidsdorf gibt es weitere Standorte in Hamburg, Hameln, Straubing (Bayern) und in Friedrichroda (Thüringen) sowie in den USA, Belgien und Frankreich.

## HDJ verboten

Das Bundesinnenministerium hat am 31. März 2009 die neonazistische »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) verboten. »Als bundesweit organisierter Jugendverband verbreitet die HDJ rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut« hieß es in der Erklärung des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble. Das Vermögen der HDJ

wurde eingezogen.

Nach vorangegangenen Hausdurchsuchungen im Oktober 2008 konnte die rechtsradikale HDJ bereits erfolgreich Ersatz- und Nachfolgestrukturen bilden sowie einen Teil ihrer Infrastruktur auslagern. Nebenorganisationen wie die »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF) und die »Berliner Kulturgemeinschaft« (BKG) sind von dem Verbot nicht betroffen.

Im Mai 2007 hatte die Organisation auf dem Hof Nahtz in Eschede mit rund 200 Personen ein Zeltlager durchgeführt. (Quelle: recherche nord)

## Kein Pflicht-Eintritt

Lange diskutiert, ist er jetzt scheinbar vom Tisch: ein Zwangs-„Eintrittsgeld“ bei Altstadtfest und Streetparade. Celler neuer OB, Dirk-Ulrich Mende, hat dieser Vorstellung eine Absage erteilt. Gegen die veranstaltende Tourismus Region Celle (TRC), die unbedingt den bisher freiwilligen Obolus der BesucherInnen der Altstadt-Events zur Pflicht erheben wollte.

Wie wir ausführlicher mal vor einem Jahr (Nr. 39) dargestellt haben, steckt dahinter auch die Frage: „Wem gehört die Stadt?“ Dass Mende in einer ersten Antwort darauf, eine Priorität auf die EinwohnerInnen setzt, belohnen wir mal mit einem „Sternchen“.

## KURSBAROMETER

Bekanntlich verfügt die Stadt Celle durch den Verkauf der Stadtwerke über ein nicht unbeachtliches Aktienvermögen, das u.a. die an der Börse gehandelte e.on-Aktie enthält – und zwar 2.792.697. Mit unten stehendem Kursbarometer werden wir in jeder der kommenden Ausgabe aufs Neue zeigen, wie viel Kohle die Stadt auf der hohen Kante hat – und was deshalb ihre Knauserigkeit an der einen oder anderen Stelle bedeutet. Und wir zeigen damit, wie viel Geld Verwaltung und Rat seit dem 10.1.2008 (dem Allzeithoch der Aktie) verzockt haben.

### Die e.on-Aktien der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 17.04.2009:

Allzeithoch:	51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert:	143.377.063,98 EUR
Tageshoch:	23,34 EUR (17.04.2009)	Aktueller Wert:	65.181.547,98 EUR
Verlust:	28,00 EUR	Verlust:	78.195.516,00 EUR

## Zur Kampagne gegen die Wehrsportgruppe Jürgens in den 1980er Jahren

# „Advent, Advent – die TeNo brennt“

In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 1984 wird in Meißendorf der Fahrzeugpark der neofaschistischen Wehrsportgruppe Jürgens völlig zerstört. Und in Hetendorf, dem Stützpunkt von Jürgen Riegers rassistischen Nazi-Vereinen brennen zwei Gebäude und ein Schuppen. Für diesen Brandanschlag übernimmt die militante Gruppe „Macht Feua! Paranoia!“ in einem Bekennerschreiben die Verantwortung. Der Landkreis Celle hat sich in den 1980er Jahren zu einem Schwerpunkt von Neonazi-Organisationen entwickelt; und auch der Brandanschlag konnte diesem Treiben kein Ende bereiten. - Dass jüngst in Meißendorf erneut eine wehrsportähnliche Nazigruppe aufflog, gibt uns den Anlass, auf die antifaschistische Kampagne gegen die „Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel (TeNo)“ in den 1980er Jahren zurückzublicken.

Der Bombenanschlag auf dem Münchener Oktoberfest mit 13 Toten und über 200 Verletzten führt im Herbst 1980 das terroristische Potenzial des deutschen Rechtsextremismus vor Augen. Die so genannten „Deutschen Aktionsgruppen“ verüben im selben Jahr diverse Sprengstoffanschläge, u.a. auf Asylbewerberunterkünfte. Im Oktober 1981 entdeckt die Polizei in der Lüneburger Heide etwa 30 von Rechtsextremisten angelegte Waffendepots, in denen 156 kg Sprengstoff und 13520 Schuss Munition versteckt waren. Der in diesem Zusammenhang festgenommene Rechtsextremist Heinz Lembke begeht in Untersuchungshaft Selbstmord. In diesem Umfeld ist auch die so genannte „Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel (TeNo)“ zu verorten, die - 1978 von dem Bergener Arzt Uwe Jürgens gegründet – sich in den 1980er Jahren zur größten neonazistischen Wehrsportgruppe mit bis zu 200 Sympathisanten entwickelt.



In den 1970er Jahren ist „Antifaschismus“ nur für kleine Teile der Linken ein Thema. Nachdem die NPD bei der Bundestagswahl 1969 den Einzug ins Parlament verpasst hatte, ist ein organisierter Neofaschismus über einige Jahre in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Einzig die seinerzeit eher als Traditionsverband agierende „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und vielleicht noch die „Antifa-Kommission“ des Kommunistischen Bundes (KB) betreiben in ihren Publikationen Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Das Entstehen einer „autonomen“ Antifa-Bewegung erfolgt dann erst als Reaktion auf die neuen rechtsextremistischen Organisationsprozesse und ihr terroristisches Potenzial.

Phase 1: *„Den Sicherheitsbehörden liegen jedoch Hinweise vor ...“*

So ist es zunächst eine journalistische Recherche, die Uwe Jürgens und seine Wehrsportgruppe in das von ihm gar nicht geschätzte Licht der Öffentlichkeit zerrt. Wolfgang Kapust, der damals gerade seine ersten Sendungen für den Hörfunk macht, bringt am 9. Oktober 1980 eine Reportage im NDR 2 – Titel: „Ermittlungen gegen neue Neonazigruppe in Bergen bei Celle“. Der Journalist berichtet über zwei Wehrsportübungen im Mai und Juni 1980 am Oderstausee im Harz und auf einem hannoverschen Bundeswehrgelände. In den mit dem Balkenkreuz der Wehrmacht und eingearbeiteter Lebensrunne gekennzeichneten Fahrzeugen hat die Polizei in Hannover neofaschistische Plakate sichergestellt. Und Kapust beleuchtet die Verbindung von Jürgens zu dem Neonazi Michael Kühnen. Im so genannten Bückeburger Prozess gegen dessen „Hansa-Bande“ hat Jürgens aussagen müssen. Weil er dies nur sehr unwillig tut, war Beugehaft gegen ihn verhängt worden.

In Celle aber scheint diesen Bericht kaum jemand mitbekommen zu haben. Erst nachdem am 7. März 1981 in der Neuen Hannoverschen Presse ein Artikel von Frank Eyssen erscheint – Titel: Arzt aus Bergen rekrutiert junge Männer / Südheide: Militärspek in schwarzen Uniformen -, verbreitet die Celler VVN u.a. auf der Maiveranstaltung des DGB ein Flugblatt, so dass zumindest das links-alternative Milieu etwas von den neofaschistischen Umtrieben im Landkreis erfährt.

Kurz darauf folgt eine erste militante Aktion; das Bekennerschreiben wird im Celler Zündel veröffentlicht: *„Am 4.5.81 haben wir den Mannschaftsbus der Nazis, Dr. Jürgens aus Bergen, in Brand gesetzt. Wir protestieren hiermit gegen die faschistischen Tätigkeiten Dr. Jürgens“*

und seiner Gruppe. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Stadt Bergen auf diese Umtriebe nicht reagiert, sie sogar duldet. Es hat schon einmal so angefangen. Auschwitz/Bergen-Belsen steckt uns noch in den Knochen. – *Ei-nige Antifaschisten*“. (Zündel, 3/1981, 26)

Im Dezember 1981 wird eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Struck vom Bundesinnenministerium (nicht) beantwortet. Der Wahlkreisabgeordnete hat u.a. gefragt: „*Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über rechtsradikale Aktivitäten der Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V., Bergen (Landkreis Celle), vor, und wie bewertet sie die Tätigkeit ihres Vorsitzenden Jürgens?*“ Die in der CZ vom 8. Dezember veröffentlichten Antworten offenbaren vor allem das Desinteresse der SPD/FDP-Bundesregierung: „*Über rechtsextremistische Aktivitäten der Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V. hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse. Den Sicherheitsbehörden liegen jedoch Hinweise vor, daß einige Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen dem Verein angehören und daß der Vorsitzende selbst Beziehungen zu Rechtsextremisten unterhalten hat. Zur Anzahl der jugendlichen Mitglieder des Vereins und über sogenannte Ertüchtigungslager im Raum Meißendorf im Landkreis Celle ist den Sicherheitsbehörden nichts bekannt.*“ (CZ, 08.12.1981)

„*Nichts Genaues weiß man nicht!*“ kommentiert Jan Klugkist seitens der CZ, und den Hinweis Strucks, dass er scheinbar „bessere und detailliertere“ Informationen habe als die Bundesregierung, kontert er mit der Unterstellung, dass die Aktivität des Bundestagsabgeordneten wohl „*weniger mit der Suche nach Aufklärung als vielmehr etwas mit Image-Werbung zu tun*“ habe. Er solle seine Informationen offenbaren: „*Wir würden liebend gerne darüber berichten. Ausführlich!*“ (CZ, 08.12.1981)

Daraus wird erst einmal nichts. Alle bis dahin bekannten Fakten werden dagegen von Norbert Kandel in dem Beitrag „Deutschland, wir kommen. Rechte Ultras planen den Umsturz“ für das Buch „Hinter den Fassaden“ zusammengetragen, das im Frühjahr 1982 in Celle für viel Gesprächsstoff sorgt.

Trotzdem: Staat, Politik und Medien lassen Jürgens weitgehend ungestört weitermachen. Und der ist immer



gleich mit Anwälten dabei, wenn er öffentlichen Angriffen ausgesetzt ist. Als im März 1983 im Kreistag ein SPD-Antrag zum 50. Jahrestag der Machtergreifung behandelt wird, weist der Kreistagsabgeordnete der Alternativen Grünen Liste (AGL), Aloys Kleene, auf den Widerspruch hin, dass an der Gedenkstätte Belsen eine Veranstaltung stattfinden solle, während einige Kilometer entfernt eine „neonazistische Wehrsportgruppe“ ungehindert tätig sei. Wenige Tage darauf erhält er von Jürgens' Anwalt eine Anzeige wegen Beleidigung. Das Verfahren wird eingestellt, weil der Verfassungsschutz in seinem kurz darauf erscheinenden Bericht die TeNo erstmals als „*rechtsextremistische Wehrsportgruppe*“ einstuft. (Zündel, 6-7/1983)

Auch der 1983 in den Bundestag eingezogene Win-sener Abgeordnete der Grünen, Julius Krizsan, versucht mit seiner ersten Parlamentsanfrage, Öffentlichkeit über das Geschehen in seinem Nachbarort herzustellen: „*Welche Erkenntnisse liegen vor über die Verbindungen der „Nothilfetechnischen Wehr- und Übungsstaffel e.V.“ zu anderen neofaschistischen Organisationen? Was gedenkt die Bundesregierung gegen das sich ausweitende Wirken dieser Gruppen zu unternehmen?*“ Die Antwort des CSU-Staatsekretärs Spranger ist bezeichnend; er zitiert die anderthalb Jahre zuvor an Struck gegebene Antwort und fügt hinzu: „*Diesen auch heute noch zutreffenden Ausführungen ist nichts hinzuzufügen. Über einzelne personelle Verknüpfungen mit neonazistischen Gruppierungen kann aus Quellenschutzgründen nichts gesagt werden. Über ein sich ausweitendes Wirken der Gruppe oder ihrer Anhänger ist den Sicherheitsbehörden nichts bekannt.*“ (Carl-Dietrich Spranger an Julius Krizsan am 18.05.1983) – Genau diese Art von „Antworten“ ist es, die seinerzeit AntifaschistInnen zu Recht daran zweifeln lassen, dass die staatlichen Organe ein Interesse an der Bekämpfung neofaschistischer Organisationen haben.

Und die Cellesche Zeitung sekundiert. „*Mit Wehrsport hat das alles nichts zu tun*“, zitiert sie den Te-No-Chef, dem am 31. März 1981 ausführlich Gelegenheit gegeben wird, das Treiben seiner Truppe zu verharmlosen und der Erwähnung im VS-Bericht entgegenzutreten: „*Wir haben keine NS-Ziele. Wir wollen die Brüder nicht. Politische Diskutierstunden finden nicht statt. Neonazis könnten bei uns nichts werden.*“ (CZ, 31.03.1983)

\*\*\*

Jürgens nutzte diese weitgehende Ruhe an der Medienfront dazu, die Logistik der Wehrsportgruppe auszubauen und die Kontakte zur rechtsextremistischen Szene zu vertiefen. Bereits nach seinem Zuzug nach Bergen 1976 hat er ein direkt an den Truppenübungsplatz Munster-Süd angrenzendes 22.000 qm großes Waldgrundstück in Suroide erworben. (Foto links: Schlagbaum zum Gelände) 1982 pachtet er in Meißendorf von dem bekannten Springreiter Hermann Schridde den „Hof Hasselmann“, der künftig den sich ständig erweiternden Fahrzeugpark beherbergt. Und er intensi-

„Der Not zum Trutz - dem Volk zum Schutz Pack an - hilf mit!“ Ein Helferwerbungsplakat der Technischen Nothilfe von 1933 (Deutsches Bundesarchiv). Während der Zeit des Nationalsozialismus konzentrierte sich die TeNo zunächst auf Katastrophen- und Luftschutz, wurde ab 1936 aber zu einer technischen Hilfspolizeitruppe in der Zuständigkeit der Ordnungspolizei und damit Teil des Machtapparats von Himmler. 1945 wurde die TeNo von den Alliierten durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgelöst. (Vgl. Wikipedia)

viert die Kontakte zur Wiking Jugend und zu Mitgliedern der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), die bei ihrem Verbot Ende 1983 immerhin rund 300 Mitglieder hat. Diese Neonazi-Aktivisten können sich großzügig im Fahrzeugpark der TeNo bedienen.

#### Phase 2: „Advent, Advent, die Teno brennt!“

Das Jahr 1983 markiert das Entstehen eines „autonomen“ Antifaschismus. Bereits die Aktivitäten gegen das Treffen der Alt-Nazis vom „Stahlhelm – Bund der Frontkämpfer“ im Juni in Celle waren durch die Einmischung von „Autonomen“ gekennzeichnet. Gegen Widerstände aus dem Lager des „alten Antifaschismus“ (SPD, DGB, VVN) wird der Versuch einer Besetzung des Tagungsortes unternommen, und man begnügt sich nicht mit Kundgebung und Demonstration, sondern belagert danach die „Union“. (revista 35, Juli/August 2007, 18-21) Die neue Qualität der antifaschistischen Bewegung zeigt sich dann an der Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Fallingbostal im Oktober, die mit rund 1600 TeilnehmerInnen überregional für Beachtung sorgt. Im Anschluss entsteht das „norddeutsche Antifaplenum“, das neben der klassischen Strategie der Skandalisierung neofaschistischer Formierungen auch darauf setzt, Nazi-Strukturen „direkt anzugreifen“. (Haunss, 462) Und es entwickeln sich Formen der „Antifa-Recherche“, die weit über die Auswertung von Zeitungen hinausgehen. Mit der Partei „Die Grünen“ ist zudem ein neuer Akteur im Spiel, denn seit 1982 sind sie im niedersächsischen Landtag und ab 1983 im Bundestag vertreten.

In der Hamburger Zeitschrift „Große Freiheit“ erscheint im November 1984 ein sehr detaillierter Artikel über die WSG Jürgens, den der Celler Zündel in seinen Ausgaben vom Dezember 1984 und Februar 1985 nachdruckt. Die wichtigsten Erkenntnisse:

Die neben dem Vorsitzenden weiteren drei Mitglieder des Vorstands haben eine einschlägige rechtsextremistische Vergangenheit: Schriftführer Eckehard Knoop war bis 1978 Vorsitzender der Celler „Jungen Nationaldemokraten“ (JN); danach stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender. Beisitzer Siegfried Bosselmann schmierte 1976 mit drei NPD-Gesinnungsgenossen rechtsradikale Parolen an die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Der 2. Vorsitzende Werner Bosselmann war gemeinsam mit Jürgens und dem Nazi-Terroristen Uwe Rohwer beteiligt an einer Tour nach Bremerhaven, wo diese ausgemusterte Schlauchboote von der Bundeswehr erwerben wollten. Dies kam später im Bückeburger Pro-

zess gegen Kühnens Hansa-Bande zur Sprache. Über weitreichende Nazi-Kontakte verfügte auch das Gründungsmitglied Heinrich Hellmann, der 1976 mit Heinz Lemke

und anderen Nazi-Schlägern den Jugendzentrums Keller in Lüneburg überfallen hatte.

Die Recherche belegt weiter die enge Zusammenarbeit mit einer Hamburger Wehrsportgruppe, zu der Anhänger der ANS/NA gehören, u.a. die bis heute aktiven Christian Worch und Thomas Wulff. Ihnen werden Fahrzeuge zur Verfügung gestellt und auch der Übungsplatz in Suroide. Und selbstverständlich gehört die Wiking Jugend zu diesem Netzwerk. Im Mai 1982 veranstaltet sie in Suroide ein Pfingstlager.

Über welchen Fahrzeugpark die TeNo (bis) Ende 1984 verfügt, konnte eine kleine Öffentlichkeit dann dem Bekennerschreiben einer militanten Gruppe „Macht Feua! Paranoia!“ entnehmen. Unter der Überschrift „Advent, Advent, die Teno brennt!“ wird detailliert aufgelistet, welche Fahrzeuge und sonstige Gerätschaften dem Brandanschlag in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 1984 zum Opfer fallen: immerhin 19 der insgesamt mindestens 24 Fahrzeuge, mit denen Jürgens „die technischen Voraussetzungen für Wehrsportübungen und die Rekrutierung von Jugendlichen für diese faschistischen Verbände“ geschaffen habe – so die Erklärung. (dokumentiert in AAH 13, 8) Der Sachschaden beläuft sich in Meißendorf nach ersten Angaben auf 200.000 DM, in Hetendorf auf 300.000 bis 400.000 DM.

Punktgenau werden die brisanten Rechercheergebnisse am 15. Dezember 1984 in Kurzform in der Wochenzeitung „Hamburger Rundschau“ vorgestellt. Zeitgleich erscheint eine 16-seitige Broschüre der Antifaschistischen Initiative Hannover mit dem Titel: „Schulung an technischem Gerät. Die Umtriebe der Wehrsportgruppe Jürgens“. Und dort gibt es auch eine knappe Analyse und Forderungen:

„Es kann keinen Zweifel mehr daran geben, daß eine paramilitärische Organisation wie die Teno, die auf's eng-



te mit fast der gesamten neonazistischen Terror-Szene verbunden ist, keinen Tag länger bestehen darf. Sie muß umgehend verboten und aufgelöst [...] werden. [...] Aufklärung, Boykotte und andere gewaltfreie wie militante Aktionen können ein Verbot nicht ersetzen, sondern sind die Mittel es von den Staatsorganen zu erzwingen. Da das Verbot der Teno erst nach längerem, zähen Kampf einer starken und konsequent vorgehenden antifaschistischen Bewegung erreichbar ist, fordern wir folgende Sofortmaßnahmen, deren Durchsetzung u.a. der Verbotskampagne den nötigen Auftrieb geben soll:

- Unterbindung der Teno-Treffen!
- Streichung aus dem Vereinsregister!
- Kündigung des Pachtvertrages über den >Hof Hasselmann<!
- Entzug der im Besitz von Teno-Mitgliedern befindlichen Waffenscheine, Waffenbesitzkarten, Berechtigungen zum Munitionserwerb und Einziehung von Waffen + Munition!
- Restlose Aufklärung der Zusammenhänge zu terroristischen Gruppen, wie der um Heinz Lembke, durch das Niedersächs. Innenministerium und das BKA!“ (AIH 1985, 14-15)

#### Phase 4: Erkenntnisse, die ein Verbot rechtfertige ...

Die „Unabhängige Initiative“ veranstaltet am 30. Januar 1985 im „Le Bistro“ eine „Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Neofaschismus und zur Wehrsportgruppe Jürgens“. Nach einem einleitenden Referat von zwei Vertretern der Antifaschistischen Initiative Hannover diskutieren im Anschluss Carl-Bertil Schwabe (SPD-Unterbezirksvorsitzender), Helmut Rattai (DGB Sekretär), Klaus Stiehl (Vorstandsmitglied Die Grünen) und Andreas Beyer (VVN/BdA Hannover).

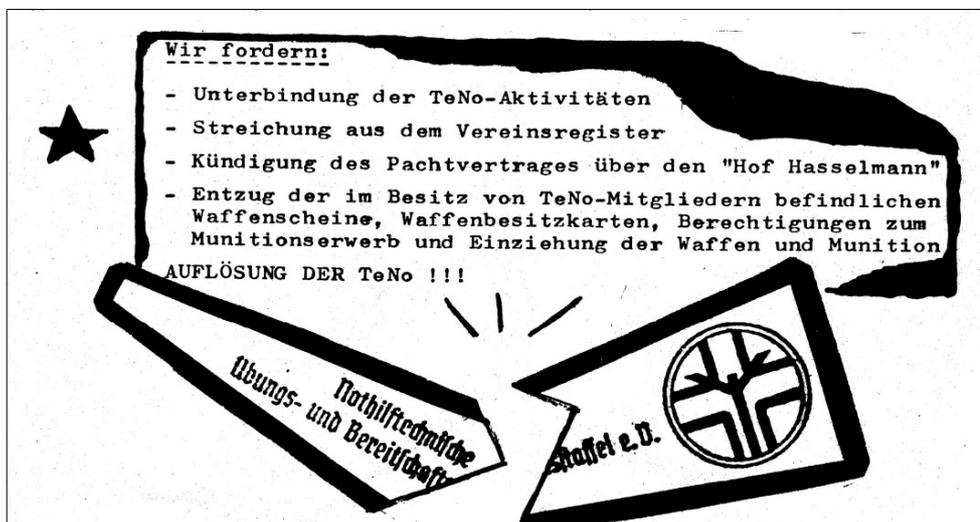
Für die Cellesche Zeitung berichtet Karin Abenhauen ausführlich über die von 150 Interessierten besuchte Veranstaltung und gibt dabei den antifaschistischen Rechercheergebnisse breiten Raum. (CZ, 02.02.1985) Die Podiumsteilnehmer unterschreiben anschließend gemeinsam einen an die Stadt und den Landkreis gerichteten offenen Brief, in dem Landrat und Oberkreisdirek-

tor, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor aufgefordert werden, sich für ein Verbot der Wehrsportgruppe Jürgens einzusetzen. Aufgenommen werden auch die Forderungen aus der Hannoverschen Antifa-Broschüre. – Landrat und Oberkreisdirektor immerhin antworten: Für ein Verbot sei das Nds. Innenministerium zuständig, an das sie die Resolution weitergeleitet hätten. Und sie teilen mit, dass die als aktiv bekannten Personen der TeNo nach Kenntnis des Landkreises nicht im Besitz waffenrechtlicher Erlaubnisse wären. (beides dokumentiert in Zündel, 3/1985, 8-9)

Am 10. Mai 1985 veranstaltet dann die SPD-Kreistagsfraktion eine Anhörung zum Thema „Neonazismus in der Südheide und im Raum Celle“. Eingeladen ist u.a. Regierungsdirektor Hartmut Schaper, beim Verfassungsschutz zuständig für den Bereich Rechtsextremismus. Eine seiner Kernaussagen: Der Staatsschutz habe zwar durchaus genügend Erkenntnisse, die ein Verbot der TeNo rechtfertigen würden. Aber diese seien nicht verwertbar, da sie aus geheimdienstlichen Quellen stammen würden. (Zündel, 5/1985, 24) Für SPD und DGB scheint mit dieser Veranstaltung das Pulver verschossen. Die CDU/FDP-Landesregierung hält – so der Eindruck vieler TeilnehmerInnen – ihre schützende Hand über Jürgens, sein Umfeld und seine Finanziere.

Es gründet sich eine Bündnis-„Initiative gegen die WSG Jürgens“, der u.a. die Unabhängige Initiative (Celles seinerzeitige AntiFa-Gruppe), die Jusos, die Grünen, VVN/BdA, DKP und ein kurdischer Verein angehören. Dieses Bündnis verteilt im Januar 1986 in Bergen, Hermannsburg und Celle rund 1300 Exemplare eines vierseitigen Flugblatts „Neofaschismus in Bergen: Schluss mit dem Treiben der WSG Jürgens“. Aufgeklärt wird u.a. über die sich entwickelnde Zusammenarbeit zwischen der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), in der etliche Mitglieder der ANS/NA untergeschlüpft waren. Eingeladen wird darauf zu einer Veranstaltung am 31. Januar 1986 mit dem ehemaligen Edelweißpiraten Kurt Piehl – und eine Woche später zu einem „Rock gegen Rechts“-Konzert in Eversen, wo dann 300 Jugendliche zu der Musik der Hannoveraner „Boskops“ und der Celler Band „Pille Palle“ zusammenkommen. (Zündel, 3/1986, 28)

Leider kommt es um die so genannte Gewaltfrage zu „Zoff im Antifa-Bündnis“ (so der Zündel, 4/1986, 14). Nachdem bei einem Info-Stand in Bergen ein bekannter Neofaschist handgreiflich daran gehindert wurde, Fotos zu machen, wird dies durch die DKP kritisiert. Unabhängige Initiative und auch die Celler Jusos wollen sich nicht auf eine abstrakte Gewaltfreiheit festlegen las-



sen, sondern sehen die Notwendigkeit von jeweils situationsbezogenem Verhalten. Letztlich kommt es zu keiner Einigung, aber die Atmosphäre ist vergiftet. (Zündel 5/86, 8)

Jürgens selbst hat währenddessen gelegentlich weiter „Stress“. Er wird, während er sich am 5. April 1986 ans Wechseln der acht an seinen beiden Fahrzeugen zerstochenen Reifen macht, - wie die CZ berichtet - „nieder geschlagen und mittelschwer verletzt“. (CZ, 07.04.1986)

Die antifaschistische Arbeit konzentriert sich im Laufe des Jahres 1986 aber zunehmend auf Hetendorf. Die Wiking Jugend nutzt das Gelände von Jürgen Rieger zu Pfingst-, Sommer- und Herbstlagern. Hetendorf wird zu einem Zentrum der bundesdeutschen Neonazi-Szene. Auch die WSG Jürgens ist immer mit dabei, aber sie ist nurmehr ein Randaspekt.

#### Phase 4: extra 3 - *Der Nazi-Arzt*

Ende 1990 verkaufte Jürgens seine Bergener Praxis und siedelte Mitte 1991 nach Fürstenberg in die ehemalige DDR um. Sein Abgang ist verbunden mit einem eher undurchsichtigen justiziellen Kleinkrieg gegen den Journalisten Wolfgang Becker.

Im Oktober 1990 sendet das NDR Magazin „extra 3. Die wahre Wochenschau“ einen Beitrag des Journalisten Wolfgang Becker mit dem Titel „Der Nazi-Arzt“. Dabei ging es weniger um die „TeNo“, sondern um Jürgens' Verhalten als Arzt: Er habe, so die Behauptung des Films, drogenkranke Patientinnen falsch behandelt und zudem in Abhängigkeitsverhältnisse gebracht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt daraufhin wegen Nötigung, die Ärztekammer leitet ein berufsgerichtliches Verfahren ein und die Bezirksregierung untersucht, ob die Approbation entzogen werden müsse. - Nur: Die Haupt-„Zeugin“ dementiert anschließend. Und da der Journalist bei seinen weiteren Recherchen zu sehr unsauberen Mitteln greift, steht am Ende er vor Gericht. Der Vorwurf gegen ihn lautet, er habe sich mit vorgehaltener Pistole - also gewaltsam - Unterlagen bei einem Patienten des Arztes verschafft - d.h.: schwerer Raub. Becker wird wegen Schuldunfähigkeit freigesprochen. Durch die Angst vor Jürgens habe er die Umwelt nicht mehr objektiv gesehen und unter dieser Bedrohung eine abnorme Eigenbeziehung entwickelt. (CZ, 11.12.1992) - Die Celler Antifaschistische Initiative hatte übrigens in dem lokalen Info-Blatt „schlaglichter“ (5/1990) vor einer Zusammenarbeit mit dem Journalisten gewarnt.

So wie mit einer guten journalistischen Recherche durch Wolfgang Kaput im Jahr 1980 der Kampagne gegen die Wehrsportgruppe Jürgens ein Anstoß gegeben worden war, so schadete 10 Jahre später der gescheiterte Versuch zu einer Enthüllungs-Story der antifaschistischen Kritik. Denn die Glaubwürdigkeit ihrer Rechercheergebnisse ist in den 1980er Jahren die wichtigste Basis von antifaschistischer Informationsarbeit.

Aber Jürgens ist weg. Nur mit ihm leider nicht das Problem. Als „Freundeskreis Kirsch/Knoop“ führen die Meißendorfer Eckehard Knoop (TeNo-Gründungsmitglied) und Rüdiger Kirsch die Wehrsportaktivitäten fort. Gemeinsam mit dem „Republikaner“ Wilhelm Köhler „bemühen“ sie sich um Jugendliche im Westkreis. Das Gelände in Suroide wird 1992 zwangsversteigert. Ein Ersatz findet sich noch im selben Jahr: Joachim Nahtz in Eschede stellt sein Anwesen für eine „Übung“ zur Verfügung. (AAH 13, 10)

Uwe Jürgens sorgt in den letzten Jahren auch im brandenburgischen Fürstenberg noch für gelegentliche mediale Aufmerksamkeit. Über den dortigen „Heimatverein“ versucht er, geschichtsrevisionistisches Gedankengut zu verbreiten. (monitor - rundbrief des apabiz, 5/2002)

\*\*\*

Die Kampagne gegen die WSG Jürgens führte letztlich zwar nicht zum angestrebten Verbot. Der Bewegungsspielraum der Wehrsportgruppe wurde allerdings erheblich eingeschränkt. Im Jahr 1985 war auch in der lokalen Öffentlichkeit klar: Es handelt sich um einen rechtsextremistischen Verein mit Netzwerkfunktion für die bundesdeutsche Nazi-Szene. Für die AntiFa-Arbeit wurden - gerade hinsichtlich des sich anschließenden Kampfes um die Schließung von Hetendorf 13 - viele wertvolle Erfahrungen gemacht:

Gegen die Verharmlosung neofaschistischer Organisationen muss auf Grundlage einer fundierten Recherche eine Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut werden, die neben eigenen Publikationswegen vor allem versuchen sollte, die gewonnenen Erkenntnisse auch über Massenmedien zu verbreiten. So können zum einen die Rechtsextremisten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, und zum anderen können - mit langem Atem - staatliche Behörden zum Handeln gedrängt werden.

#### Literatur:

Antifaschistischer Arbeitskreis Hetendorf 13 (AAH 13) (Hg.): Hetendorf 13. Faschistisches Zentrum in Niedersachsen. Informationen - Hintergründe - Antifaschistische Ansatzpunkte. Hannover 1995.

Antifaschistischen Initiative Hannover (Hg.): Schulung an technischem Gerät. Die Umtriebe der Wehrsportgruppe Jürgens. Hannover 1985.

Haunss, Sebastian: Antimperialismus und Autonomie - Linksradikalismus seit der Studentenbewegung; in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt / New York 2008, S. 447-474.

Kandel, Norbert: Deutschland wir kommen - Rechte Ultras planen den Umsturz; in: Werner Holtfort u.a. (Hg.), Hinter den Fassaden. Geschichten aus einer deutschen Stadt. Göttingen 1982, S. 217-228.



## radio flora online statt vom Winde verweht ...

Entgegen vielen Durchsagen geht es weiter mit dem vielfältigen, in mehrerer Hinsicht gegenöffentlichen Sender radio flora. Ab 01. April 2009 erreicht ihr den Live-Stream über: [radioflora.de](http://radioflora.de)

Vieles ist noch im Um- und Aufbau, die Zeit war reichlich knapp, denn bis November 2008 haben die RadiomacherInnen sich noch um die Lizenzierung für die bisher bekannte UKW-Frequenz beworben, über die bis dahin gesendet wurde. Doch die Frequenz wurde anderweitig vergeben.

Als Internetradio wird radio flora weiterhin für BürgerInnen, Semi-Profis und Profis zugänglich bleiben und all denen eine Stimme geben, die anderswo kaum oder gar nicht gehört werden. Der Radiobetrieb soll auch künftig nach dem Prinzip der Basisdemokratie, horizontal, gleichberechtigt und ohne Chefs organisiert werden. Aber noch etwas ist radio flora wichtiger als "die perfekte, ewig-super-gut-gelaunte Moderation, die aktuellsten Events und die meistgehörte Musik" und das sind Inhalte, Themen, sorgfältig recherchierte Beiträge, die anderswo unvollständig oder gar nicht wiedergegeben werden.

Ziel dieses Internetradios mit Internetplattform und Podcasts ist auch weiterhin die Förderung der Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs, die Förderung demokratischen, umweltbewussten und fairen Handelns in gesellschaftlicher, politischer, sozialer und auch wirtschaftlicher Hinsicht, Förderung des Friedens und der Verständigung weltweit zu unterstützen.

Ab dem 1. April 2009 wird aus dem FAU-Raum auf dem hannoverschen Faust-Gelände gesendet. Trotz der räumlichen Verkleinerung bleibt so die Studio-Atmosphäre erhalten, Live-Senden und Vorproduzieren ist weiter möglich. An alle, die mitmachen wollen: Die FloristInnen arbeiten euch ein. Es ist leichter, als es oft dargestellt wird.

\*\*\*

## freie-radios.net

### mal als Radio-Uni?

In dem Audiportal Freier Radios liegen über 10.000 Beiträge aus der Welt der *community radios*, der *radios communitarias* oder eben der *Freien Radios* zum Hören bereit, Beiträge von Radios, die weder staatstragend noch profitabel sein wollen, die eher außerhalb des Mainstream stehen und bei denen es ganz andere Kultur und Politik gibt. Zugangsoffen und basisdemokratisch.

Spannend sind für unser universitätsloses Städtchen zum Beispiel die Mitschnitte von Vorträgen; hier mal folgende Empfehlungen fürs Sommersemester:

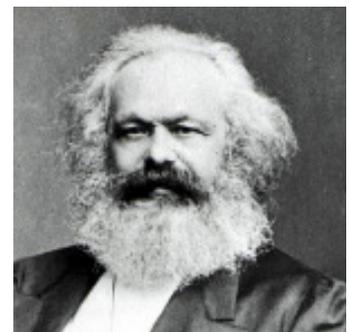
**Marx reloaded. Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik** - Vortrag von **Michael Heinrich**  
Gehalten am 27.03.09 in Graz (60:00 Min.)  
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=27442>

**Zur Aktualität Marxscher Theorie – Theoriegeschichte**  
Vortrag von **Michael Heinrich** (58:06 Min.)  
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=26893>

**Lösung der „Bankenkrise“ durch „Care-Pakete“ für das Kapital?** - Vortrag von **Winfried Wolf**  
gehalten am 10.12.08 in Karlsruhe (78:51 Min.)  
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=27440>

**Ursachen und Hintergründe der Finanzkrise**  
Vortrag von **Robert Kurz**  
Gehalten in Dresden am 11.02.09 (48:42 Min. und 47:47 Min.)  
<http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=26294>

Wer Lust hat, darüber zu diskutieren, schicke bitte eine mail an den Celler Rosa Luxemburg Club – [rlc-celle@web.de](mailto:rlc-celle@web.de); und dann kann man/frau sich ja mal an einem lauschigen Juni-Abend treffen, um sich über die Vorträge zu unterhalten.





## Kino 8 ½ im Mai

jeweils Freitag und  
Samstag um 20.30  
Uhr



2. und 3. Mai

### Stilles Chaos

Mit dem Tod der Ehefrau scheint ein Mann mittleren Alters einigermaßen gut zurecht zu kommen. Allerdings bringt er es nicht über sich, in seinen Arbeitsalltag zurückzukehren, sondern wartet Tag für Tag vor der Schule seiner Tochter, bis deren Unterricht vorbei ist. Dabei trifft er auf Fremde und wird zum Anlaufpunkt für Verwandte, Freunde und Kollegen. Der heiter-melancholische Film greift das Thema "Trauer" mit bestechender Leichtigkeit auf, hinter deren Oberfläche indes weise Reflexionen über menschliche Beziehungen und Entfremdungen stecken - und nicht zuletzt über den Wert des Lebens. (R.: Antonio Luigi Grimaldi)

Italien 2007 (Kinostart: 29.1.2009), 112 Minuten.

8. und 9. Mai

### Die Klasse

Basierend auf einem Sachbuch von François Bégaudeau, nimmt der Film von Laurent Cantet semidokumentarisch am Französisch-Unterricht in einer durchschnittlichen, das heißt kulturell heterogenen Pariser Mittelstufen-Klasse teil. Im Fokus steht dabei der Lehrer, wobei die konzentrierte, z.T. atemlose Erzählweise des Films den Druck vermittelt, der auf Lehrern wie Schülern lastet. Von den humanistischen Bildungsidealen bleibt in der Praxis nur ein ferner Nachhall übrig.

Frankreich 2008 (Kinostart: 15. Januar 2009), 128 Minuten.

15. und 16. Mai

### Der Architekt

Eine Frau, die wegen Mordes an ihrem kleinen Sohn eine lange Haftstrafe verbüßte, wird aus dem Gefängnis entlassen und findet Unterkunft bei der Familie ihrer jüngeren Schwester. Diese hatte auf Druck ihrer Eltern den Kontakt zu der Älteren im Gefängnis abgebrochen; nun versucht sie, wieder eine Nähe aufzubauen. Das psychologisch dichte Schauspielerdrama zwingt den Zuschauer in einen Konflikt zwischen Empathie mit der Protagonistin, die die Erzählhaltung des Films dominiert, und der Antipathie, die man instinktiv gegen ihre Tat hegt. – Europ. Filmpreis 2008 - Beste Darstellerin: Kristin Scott Thomas.

Deutschland 2008 (Kinostart: 5. Februar 2009), 93 Minuten.

22. und 23. Mai

### The Fall

In einem Krankenhaus im Los Angeles der 1920er-Jahre erzählt ein querschnittsgelähmter Stuntman einer kleinen Mitpatientin eine Abenteuer Geschichte um einen Rächer, der mit Hilfe einer Hand voll tapferer Männer einen Tyrannen beseitigen will. Der Märchenerzähler verfolgt dabei die Absicht, über das Mädchen an eine tödliche Dosis Morphium zu gelangen, um sich das Leben zu nehmen. Eine bildgewaltige, suggestive Reflexion über die ambivalente Kraft der menschlichen Fantasie, die sich jenseits der Genremuster des Fantasy-Epos an der Grenze von Erzählkino und Videokunst bewegt.

Indien 2006 (Kinostart: 5. März 2009).

29. und 30. Mai

### The Pervert's Guide to Cinema

Der legendäre Philosoph, Psychoanalytiker und Kulturtheoretiker Slavoj Žižek veranstaltet einen höchst anregenden wie unterhaltsamen Ritt durch die Filmgeschichte. Er vertritt die These, dass Kino nicht primär dazu da ist, vorhandene Wünsche zu befriedigen, sondern das Publikum die Sehnsucht lehrt. Anhand eines wilden und bisweilen spekulativen, aber stets höchst unterhaltsamen "Ritts" durch die Filmgeschichte untersucht er Strategien und jongliert mit den Subtexten hinter den Bildern, wobei er berühmte Szenen interpretierend nachstellt. Dabei geht es nicht um psychoanalytische Filmauslegung, sondern um einen grundlegenden (und spielerisch lustvoll aufbereiteten) Dialog zwischen Film und Philosophie/Psychoanalyse.

GB 2006 (Kinostart: 15.4.2009), 154 Minuten.

und im JUNI dann:

05. und 06. Juni:

### Rumba

Frankreich 2008 (Kinostart: 6.11.2008), 87 Minuten  
Regie/Buch/Darsteller: Dominique Abel, Fiona Gordon, Bruno Romy

12. und 13. Juni:

### Deutschland 09

13 kurze Filme zur Lage der Nation  
Deutschland 2009 (Kinostart: 26.3.2009), 151 Minuten

09. und 10. Juni:

### Wen die Geister lieben

USA 2008 (Kinostart: 29.1.2008), 102 Minuten  
Regie/Buch: David Koepf mit dem britischen Komiker Ricky Gervais (The Office)

26. und 27. Juni:

### Rachels Hochzeit

USA 2008 (Kinostart: 2.4.2009), 112 Minuten  
Regie: Jonathan Demme

# Politische Termine in und um Celle

Samstag, 9. Mai

**Weltladentag** - Motto "Fairer Handel schafft gutes Klima"

Gerade die Entwicklungsländer, die in der Geschichte wenig zum menschengemachten Klimawandel beigetragen haben und nicht über die Kapazität verfügen auf kommende Veränderungen zu reagieren, werden am stärksten davon betroffen sein.

Infotisch vor dem Weltladen in der Zöllnerstraße

Samstag, 16. Mai, 7.00

**Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa. Die Verursacher müssen zahlen. Demonstration von EGB und DGB in Berlin**

Die Hauptkundgebung findet um 14.00 Uhr an der Siegessäule statt, Treffpunkte für den Beginn der Demonstration – ab 11.30 Uhr – sind Breitscheidplatz und Hauptbahnhof.

Aus Celle fährt ein kostenloser Bus, Anmeldung beim DGB Nordost-Niedersachsen, Tel: 04131/2233960 oder e-mail: lueneburg@dgb.de

Abfahrt: 7.00 Uhr Schützenplatz

Dienstag, 19. Mai, 20.00

**„Zum Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderarmut“**

Ref.: **Dr. Michael Klundt**, Düsseldorf

Der Politikwissenschaftler und wissenschaftliche Mitarbeiter an der FH Düsseldorf hat gemeinsam mit Christoph Butterwegge den Band „Kinderarmut und Generationengerechtigkeit“ herausgegeben.

Veranst.: attac Celle in Koop mit Rosa Luxemburg Stiftung Nds.

Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Neuenhäusen, Kirchstr. 49

Mittwoch, 20. Mai, 10.00 – 18.00

**Menschenrechtsbildung. Konzepte und Methoden**

Welche Ziele verfolgt Menschenrechtsbildung? Welche verschiedenen Herangehensweisen an Menschenrechtsbil-

dung existieren? Mit welchen Methoden lassen sich die Inhalte der UN-Menschenrechtscharta mit dem Alltag in Verbindung setzen? Nach der Vorstellung pädagogischer Konzepte zur Arbeit zum Thema Menschenrechte besteht die Möglichkeit, Methoden zur Menschenrechtsbildung aus dem Handbuch „Kompass“ kennenzulernen, zu erproben und sie im Hinblick auf das eigene Arbeitsfeld zu reflektieren.

Referentin: **Dr. Claudia Lohrenscheit**, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin

Anmeldeschluss: 30.04.09, Teilnahmebeitrag: 10 EUR, anja.schade@stiftung-ng.de

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Mittwoch, 3. Juni, 19.30

**"Neue Energie - Macht - Geschichte"**

Ref.: **Joachim Schmidt-Bisewski**, Celle

Der Dipl. Umweltwissenschaftler referiert über den Zusammenhang von Energieträgern und gesellschaftlicher Entwicklung.

Veranst: Rosa Luxemburg Bildungswerk Niedersachsen

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f.

Dienstag, 9. Juni, 20.00

**"Privatisierung um jeden Preis – am Beispiel von Straßenlaternen"**

Ref.: **Malte Richey**, Lüneburg

Der Dipl. Ökonom ist Mitglied bei attac und Vorsitzender der Ratsfraktion „Die Linke“ Lüneburg.

Veranst.: attac Celle

Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Neuenhäusen, Kirchstr. 49

Donnerstag, 11. Juni, 19.30

**Das Tagebuch der Anne Frank**

Monooper mit dem Emsländischen Kammermusikensemble und der Sopranistin Sandra Schwarzhaupt

Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit und Stiftung der niedersächsischen Gedenkstätten

Rittersaal, Celler Schloss

Dienstag, 16. Juni, 10.00 – 18.00

**Menschenrechtsbezüge in Gedenkstätten**

Referentin: **Felizitas Raith**, Jugendgästehaus Dachau

Welche Chancen, Möglichkeiten und Grenzen des Gegenwartsbezugs bietet die Geschichte der Konzentrationslager? Welche Rolle können dabei Menschenrechte spielen? Lässt sich Menschenwürde an einem Negativbeispiel vermitteln? In der dritten Veranstaltung sollen Möglichkeiten und Grenzen einer die Menschenrechte reflektierenden Arbeit in Gedenkstätten sondiert und diskutiert werden.

Anmeldeschluss: 19.05.09, Teilnahmebeitrag: 10 EUR, anja.schade@stiftung-ng.de

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Di., 16. Juni und Mi., 17. Juni

**"KarriereTreff Bundeswehr" ...**

... bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich vor Ort über Arbeitsplätze, Karrieremöglichkeiten und Themen rund um die Bundeswehr zu informieren.

Die Bundeswehr bietet Ihnen rund um unsere Trucks eine Informationspalette, die neben den beruflichen Möglichkeiten bei den Streitkräften und der zivilen Wehrverwaltung auch vielseitige Informationen über die Bundeswehr zum Inhalt hat.

Schützenplatz

**MAL RICHTIG ABSCHALTEN!**



**ATOMKRAFT NEIN DANKE!  
DEMO BERLIN  
5. SEPTEMBER 2009  
www.anti-atom-treck.de**

# Kunst & Kultur

Donnerstag, 7. Mai, 19.00

## „Zwischen zwei Welten“

Lesung und Diskussion mit  
**Hatun Tuku**

Siehe Besprechung in der letzten revista

CD Kaserne

Eintritt: 5,00 EUR

Freitag, 8. Mai, 21.00

## „Achtung Baby“

U2 Covershow

CD-Kaserne, VVK: 11,90 / AK: 14  
EUR

Samstag, 9. Mai, 19.30

## Praradawgma

Die vier Saiteninstrumentalisten spielen  
Kompositionen von David „Dwang“  
Grisman – d.h. Jazz, Latin, Folk mit  
Einflüssen jüdischer Musiktraditionen.

Synagoge, Im Kreise, 12,00 (Synago-  
genraum), 10,00 (Empore)

Samstag, 9. Mai, 21.00

## Tierra Negra

Flamenco Nuevo mit den beiden Gitar-  
risten Raughi Ebert und Leo Henrichs.

CD-Kaserne, VVK: 14,90 / AK: 17  
EUR

Freitag, 15. Mai, 19.00

## Von Swing bis Jazzrock

Session der Neuen Jazzinitiative  
Kunst & Bühne, Nordwall)

Eintritt frei

Sonntag, 24. Mai, 11.30

Sonntagsführung: „**Fiktive Welten**“

zu den Objektkästen von **Peter Basseler**  
Leitung: Lena-Lê Duong Thanh

Kunstmuseum Celle

Eintritt: Museumseintritt

Sa. und So., 12. und 13. Juni

## 14. Jazz Streetparade

Marching- und Brassbands und Street-  
Acts geben den Ton an; dieses Jahr  
läuft parallel auch ein Kleinkunst-  
Straßen-Festival

Altstadt

Nach wie vor ohne (Pflicht-)Eintritt



Samstag, 21. Juni, 15.00

## „Hamlet gegen Kotelett“

Celles Fußballklassiker „der anderen  
Art“ zwischen Kneipenbelegschaften  
und Schlosstheater.

Günther Volker Station, Eintritt frei

Fr., 5. Juni, + Sa., 6. Juni

## Ska und HipHop

an zwei Tagen mit u.: Maskapone  
(Ska), Rascasse (Ska), Un(d)zumutbar  
(Punk), Plan 88 (HipHop), Holger  
Burner (HipHop), Schlagzeiln (Hip  
Hop), Kurzer Prozess (HipHop), Co-  
nexión Musical (HipHop), Radical  
Hype (HipHop)

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f.

(vorläufiger Redaktionsschluss: 22. Juni)

## Ständige Termine

**Arbeitskreis „Eine Welt“**  
jeden Mi. 20.00 Uhr im Welt-  
laden  
(Zöllnerstraße 29)

## Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -14 Uhr

## AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat  
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-  
Haus, Fritzenwiese

## sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung  
Je. Di. 14.30 - 17.00 Uhr  
Neustadt 23

## Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat  
20.00 Uhr in der Deutschen  
Angestellten Akademie,  
Spörckenstr. 63

## Termine im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

## Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

## Antifa-Café:

je. 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

## Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

## Plenum

jeden Do. 19 Uhr

## Volkküche

jeden So. 18 Uhr

## Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

## Forum gegen Atomenergie

Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr